

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Woriaplan, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 15. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Woriaplan, Nr. 117 53-54.

Trimborns Verhandlungen.

Keine Aussicht auf Lösung.

Nach der Ablehnung der Kabinettsbildung durch den Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Heinze, ist die parlamentarische Situation klarer noch verworren geworden. Bei den Demokraten nimmt die Abneigung gegen den Eintritt in ein rein bürgerliches Ministerium zu. Aber auch aus dem linken Flügel des Zentrums kommen Spaltungsdrohungen für den Fall, daß der rechte Flügel eine Koalition mit den Deutschnationalen eingehen würde.

Unter diesen Umständen haben die eifrigen Bemühungen des Zentrumsführers Trimborn, der vom Reichspräsidenten nach Dr. Heinze mit der Bildung des Kabinetts beauftragt ist, vorläufig auch wenig Aussicht auf Erfolg. Nach Herr Trimborn setzte sich zunächst mit den Unterhändlern der Sozialdemokraten, den Genossen Müller und Löbe, in Verbindung und fragte sie, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernimmt.

Nach der Verneinung wendete er sich einer zweiten Kombination zu, nämlich Fortführung der alten Koalition, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate, also eine knappe Mehrheit, umfassen würde. Mit solchen knappen Mehrheiten sei in Bayern 5 Jahre, in Belgien 4 Jahre mit Erfolg regiert worden. Genosse Löbe erwiderte ihm, daß die Sozialdemokratische Fraktion auch an solchen Konstellationen nicht teilnehmen könne. Erstens kann die Sicherheit der zukünftigen Mehrheit nicht auf die Bayerische Volkspartei des Dr. Heim begründet werden und zweitens geben diese Ziffern nur eine Scheinmehrheit an, welche durch die Nichtwahl der Abstimmungsgebiete herbeigeführt worden sei. Genosse Müller fügte hinzu, daß eine von solch geringer Mehrheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach Spa gehen könne.

Darauf brachte Herr Trimborn eine dritte Mög-

lichkeit zur Sprache, nämlich einen Block der Mitte, der aus Demokraten, Zentrum und Volkspartei bestehen würde. Zwar könnte derselbe nur 188 Abgeordnete aufweisen, aber vielleicht auf wohlwollende Neutralität der Nachbarparteien, besonders der Sozialdemokraten rechnen. Die Sozialdemokratie, welche doch sicher auch die Verwirklichung eines regierungsfähigen Kabinetts wünsche, dürfe eine solche Bildung nicht käroff ablehnen, sondern müsse die Verbindung mit der Vergangenheit und Zukunft als recht erhalten. Sie könne ja evtl. einen Fachminister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichskanzler sei vielleicht in Herrn Hebrich zu gewinnen. Besonders hervortretende Vertreter des Großkapitals oder des Adels würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein.

Da die Sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hatte, mußten unsere Vertreter ihre Stellungnahme bis nach erneuter Rücksprache mit ihren Auftraggebern vertagen. Genosse Müller versichert aber im voraus, daß eine solche Regierung von uns nach ihren Taten beurteilt werden müßte und jeder Versuch, auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschen Volkspartei zu treiben, von uns aufs schärfste bekämpft werden müßte.

Herr Trimborn hat im Laufe des Montags mit den drei anderen bürgerlichen Fraktionen über dieselben Kombinationen verhandelt, wie oben angedeutet, ohne größere Aussicht auf Erfolg. Auch der weiter abliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu nehmen, wird kaum größere Aussicht auf Erfolg haben.

Auch die bayerischen Sozialisten lehnen ab. Aus dem Zeitartikel der Münchener Post zur Lage in Bayern ist ersichtlich, daß sich die bayerischen Sozialdemokraten an der Bildung der neuen bayerischen Regierung nicht beteiligen werden.

Das Kabinett Giolitti.

Frankfurt a. M., 14. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Dem „Secolo“ zufolge, wird folgende vorläufige Liste des neuen Kabinetts bekanntgegeben:

Giolitti, Forth und Janeret, Storza, Außenwärtiges, Naggi, Kolonien, Ponomi, Schatzminister, Reba, Finanzen, Peano, Oeffentliches Arbeiten, Micheli, Landwirtschaft, Nicolo, Kriegsminister, Seggi, Marine, Croce, Unterricht, Malneri, Befreite Gelehrte, Pera, Justiz, Telfio, Industrie, Abbiate, Arbeit und Fürsorge, Camera, Post.

Giolitti für die Aufnahme der Mittelmächte in den Völkerbund.

Rom, 13. Juni (Dona.) Die Giolitti sehr nahe stehende Turiner „Stampa“ weh über das von dem neuen Ministerpräsidenten zu befolgende Programm zu berichten:

Giolittis Finanz- und Steuerpolitik wird sich in der Richtung bewegen, die während des Krieges erworbenen Vorkriegsvermögen zu konfiszieren und den Mobilarbeitslosigkeitszuschuss zur Besteuerung heranzuziehen. Außenpolitisch wird Giolittis Programm nach den Andeutungen der „Stampa“ eine große Uebererschätzung bedeuten. Einzelheiten nach dieser Richtung gibt das Blatt leider nicht. Giolitti wird so bald nicht eine gewisse Vorliebe für die Mittelmächte zeigen ihn durch äußerer Freimut, der übrigens ganz seiner Charakteranlage entspreche, aus der Welt zu schaffen.

Die „Stampa“ meldet ferner, daß Giolitti in seinen Verhandlungen mit den Parteien sich auf den Standpunkt stellt, daß die Mittelmächte in den Völkerbund einbezogen werden müssen. Auch von den von ihm in Aussicht genommenen Kabinettsmitgliedern fordert er eine diesbezügliche programmatische Erklärung.

Kollekte für den Bettelstaat.

Bern, 14. Juni. (Ill.) Der Bundestrat hat heute beschlossen, der Bundesversammlung vorzuschlagen, die Schweiz solle sich an einer internationalen Hilfsaktion zugunsten der Ostschweizer Europas, speziell auch Deutschösterreichs mit 25 Millionen Franken beteiligen, unter der Bedingung, daß auch andere Staaten an dieser Aktion teilnehmen. Nach den Informationen der „Telegraphen“ sollen sich folgende Staaten entschlossen haben, an dieser Aktion mitzuwirken: Die Vereinigten Staaten mit 118 Millionen Dollar, England mit 10 Millionen Pfund Sterling, Holland mit 42 Millionen Gulden, Italien mit 100 Millionen Lire.

Wien, 14. Juni. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Staatskanzler Renner gab heute ein Dinner, wozu der italienische Gesandte Loreta mit den Herren der Gesandtschaft geladen war. Staatskanzler Renner dankte in einer Tischrede dem Gesandten

für die freundliche Aufnahme, die er und die österreichischen Staatsfunktionäre bei ihrem Aufenthalt in Rom gefunden hätten. Der italienische Gesandte antwortete mit der Versicherung, daß die Politik Italiens gegenüber Oesterreich nicht von dem Willen seiner Regierung, sondern von dem Willen des Volkes abhängt, und daß jede Regierung die bisherige Politik der Freundschaft mit Oesterreich weiter verfolgen werde. Er leerte sein Glas auf die herzlichen Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich.

Vor deutschösterreichischen Wahlen.

Wien, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Hauptausschuß der Nationalversammlung hat auf Antrag Dr. Bauers beschlossen, den Staatskanzler aufzufordern, die notwendigen Gesetzentwürfe über die Auflösung der Nationalversammlung und die Durchführung der Neuwahlen auszuarbeiten zu lassen. Die Verfassung enthält nämlich keine Bestimmung über die Auflösung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Man einigte sich dahin, außerdem noch die Fesche über die Vermögensabgabe und über die Steuern zu verhandeln. In seiner nächsten Sitzung wird der Hauptausschuß über die Bildung der Regierung beraten.

Der Protest der Türkei.

Bitte um Fristverlängerung.

Konstantinopel, 14. Juni. In Regierungskreisen glaubt man, daß der Großvezir bei der Friedenskonferenz noch einmal um Fristverlängerung für die Einreichung der türkischen Antwort auf die Friedensbedingungen der Entente nachsuchen werde. Damad Tewfik hat sich nach Paris begeben, um die Verhandlungen über den Friedensvertrag selbst zu führen. In amtlichen Kreisen wird bekannt, daß die türkische Antwort auf die Friedensbedingungen hauptsächlich gegen folgende Punkte protestieren wird: Wegen die Klauseln betreffend Thrakien und Smyrna, gegen die Eingriffe in die Souveränität des Sultans durch die Internationalisierung der Meer des Bosphorus und gegen die Klauseln, welche den Staaten die Kapitulationsrechte wieder zubilligen, die sie vor dem Kriege besaßen. Die Partei wird auch verlangen, daß dem Sultan seine Vorrechte als Khalif über diejenigen Muselmanen, die vom Kaiserreich abgetrennt werden, belassen bleiben, und wird ferner darauf bestehen, daß in dem Friedensvertrag ein Vorwort eingefügt wird, das die Garantie über die während des Krieges aufgenommenen Anleihen aufrecht erhält.

Der Protestkreis in Deutschösterreich ist ohne Zwischenfall beendet, man hat wieder fünf Wochen lang zu essen. Was dann?

Was nun?

Von Karl Rautsch.

Wir erörtern die folgenden Ausführungen der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, da ihr Verfasser jedenfalls auch in Deutschland gehört zu werden verdient. Sie zeigen mit fast grausamer Deutlichkeit, warum die Einigung scheitern muß, denn das Wah von Rat, mit dem Rautsch den Arbeitern auch und euerne Wahrheit zu sagen wagt, wird von den Anführern der U. S. V. nicht erreicht werden. Gemeinfaßheit der Aktion fordert ein gemeinsames Verantwortungsgefühl, das eben fehlt — leider!

Red. v. „Vorwärts“.

Die Wahlen in Deutschland sind vollzogen. Sie haben ungefähr das gebracht, was sie versprochen: Stärkung der Deutschnationalen, der Nationalliberalen und der Unabhängigen, Rückgang der Mehrheitssozialisten und der Demokraten. Diese Verdrängung ging jedoch nicht in dem Maße vor sich, in dem es viele erwarteten. Vor mancher fränkte von der Verdrängung der Mehrheitssozialisten, so daß die Unabhängigen als die einzige ernsthaft Arbeiterpartei dastünden und die Einheit des Proletariats mit ihrem Sieg hergestellt wäre. Dazu ist es nicht gekommen. Die Mehrheitssozialisten haben Arg verloren, sind jedoch immer noch stärker als die Unabhängigen. Und nach verschiedenen anderen Wahlen der letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Eche ihres Rückganges bereits ihren tiefsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines wenn auch langsamen Aufstieges.

Auf jeden Fall ist die Idee od absurdum geföhrt, das deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrheitssozialisten führen. Wir stehen nur noch vor der Alternative: entweder Zerstückelung und damit Schwächung des deutschen Proletariats ins Unabsehbare oder Herstellung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den bisher feindlichen Brüdern. Wer diese Arbeitsgemeinschaft hindert, übernimmt eine für diebare Verantwortung gegenüber der Sache des Proletariats.

Wie wird sich aber unter diesen Umständen die nächste Regierungsbildung gestalten? Drei Möglichkeiten lauchen auf: die Bildung einer reinen Arbeiterregierung; die Wiederherstellung der alten Koalition; und endlich drittens die Uebergabe der Regierung an einen rein bürgerlichen Block. Jede dieser Möglichkeiten begegnet den größten Schwierigkeiten. Aber die einer reinen Arbeiterregierung wären kaum größer als die der beiden andern Alternativen.

Wohl verfügen die beiden großen sozialistischen Parteien, wenn sie sich vereinigen, nicht über die Mehrheit im Parlament. Die Uebernahme der Regierung durch eine Mehrheit scheint den Geboten der Demokratie zu widersprechen; doch nur scheinbar. Die Demokratie verbietet bloß, daß sich eine Mehrheit mit Gewalt dem offenkundigen Willen der Mehrheit widersetzt. Sie verbietet es keineswegs, daß eine Partei ein Ministerium bildet, das noch nicht die Mehrheit besitzt, aber alle Aussicht hat, diese zu gewinnen, wenn es die Politik treibt, die den Bedürfnissen der Volksmehrheit entspricht. Natürlich wäre eine rein sozialistische Regierung unter dieser Voraussetzung schon früher möglich gewesen. Heute sind die Sozialisten in ihrer Gesamtheit an Zahl schwächer als nach den Wahlen des vorigen Jahres. Aber heute wissen die beiden sozialistischen Parteien, daß keine der beiden die andere zu sprengen vermag. Und das System Nozze ist überwunden. Da brauchten die inneren Widerstände gegen die Herstellung eines sozialistischen Blocks also nicht mehr so stark zu sein wie früher. Vereint würden aber die Sozialisten die weltanschaulich stärkste unter den Parteien bilden. Nachen sie sich in der Regierung zum Sprachrohr des Gebotes der Stunde, schicken sie sich an, das zu tun, was im Interesse der Massen notwendig und vernünftig ist, dann gewinnen sie rasch allgemeines Vertrauen, dann tragen die demokratischen und katholischen Arbeitervertreter im Reichstag nicht gegen sie zu stimmen. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit bester Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Voraussetzung ist freilich, daß, wie schon bemerkt, die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebot der Stunde entspricht. Welches ist dieses Gebot? Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der furthbare Krieg mit den wahnfinnigen Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Von aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat.

Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender Kapital-

lebens Produktion besser davon als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Blüderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionsstörung und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreit, soll, um mehr zu produzieren als der Kapitalismus.

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Andererseits, wenn auch nicht sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionszweigen, bei denen sie heute schon weit mehr durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion selbst.

Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch innerhalb kapitalistischer Produktion ganz anders wahren als eine kapitalistische. Und sie allein kann die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Gesamtheit geboten ist.

Die Befähigung des Schiebertums, die man ihr zuweist, kann allerdings nur durch eine Vermehrung der Produktion erfolgreich unternommen werden. Das Schiebertum ist ein Ergebnis des Mangels an Produkten, es tritt überall auf, wo solcher Mangel herrscht. Die französische Schreckensherrschaft von 1793 ebenso wie der bolschewistische Terror verjagten vergeblich ihn ein Ende zu machen. Ihre Unterdrückungsmaßnahmen vermehrten bloß seine Betriebskosten (Pfechtungen, Transportkosten usw.) und erhöhten dadurch die von ihm geforderten Preise. In dem Maße, in dem die Produktion wächst, hört das Schiebertum von selbst auf.

Was aber nicht aufhört, was immer mehr zunimmt, das ist die Ausbeutung der Massen durch die großen Monopolen, namentlich der Bergwerke. Hier ist rückwärtssozialistische Aktion jetzt am Platze, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der gesamten Volkswirtschaft. Eine Sozialisierung der Kohlenbergwerke, die den Kohlenpreis herabsetzt und die Kohlenförderung ausdehnt, würde die gesamte Produktion mächtig anregen.

Ebenso wäre eine Sozialisierung der Wälder und der Latifundien (nicht ihre Verstaatlichung) geboten.

Nur ein Aktionsprogramm dieser Art wäre eine Mehrheit in der Bevölkerung wohl zu gewinnen, wenn eine einige Sozialdemokratie dahinter stünde. Wie aber zu dieser Einigkeit gelangen? Das Fragezeichen am Ende dieser Frage hat leider der Größe noch nichts eingeblüht.

Soll nun die alte Koalition erneuert werden? Aber deren Hauptmangel war ihre innere und äußere Schwäche. Die ist durch das Wahlergebnis im höchsten Grade vermehrt worden. Eine Koalitionsbildung kann unter Umständen geboten sein, aber der Eintritt der Mehrheitssozialisten allein in diese Koalition wäre politischer Selbstmord.

So bleibt nur die dritte Alternative übrig: die einer rein bürgerlichen reaktionären Regierung. Unsere unabhängigen Freunde scheinen die Auslieferung des gesamten Staatsapparates an die Organe der Bourgeoisie des Proletariats mit großer Gemütsruhe zu erwarten. Scharren sie nicht die Spuren Ungarns? Proteste gegen den weißen Terror sind eine sehr schöne Sache, Proteste beweisen aber stets nur die eigene Ohnmacht. Angezeigter ist es, dem Gegner eine Machtrevolution nicht auszuliefern, als ihn aufzufordern, sie zu befehlen, und sich dann zu entrüsten, daß er sie schonungslos ausnützt.

Und ebenso leer wie Proteste sind Rekriminationen darüber, daß die Rechtssozialisten an dem Ersinken der Reaktion schuld seien. Auch wenn das richtig wäre, was hier nicht weiter untersucht sei, sind die vergangenen Fehler anderer noch kein Freibrief für die eigenen, die man zu begreifen sich entschließt.

Nun tröstet man sich freilich damit, daß man sagt: Sobald die rein bürgerliche reaktionäre Regierung da ist, wird sie schon das Proletariat in einer Weise mißhandeln, daß es sich gegen sie zusammenschließt und so endlich die Einheitsfront gewinnt.

Kein Zweifel, diese Einigung wäre ein großer Gewinn, und wenn es nicht anders geht, wird sie in dieser Weise erzwungen werden müssen. Aber die politische Reife der für die Einigung maßgebenden proletarischen Schichten Deutschlands erscheint dabei nicht in glänzendem Lichte. Denn das sagt doch nichts anderes, als daß die Einigung notwendig ist, daß man sich aber weigert, das Vernünftige und Notwendige früher ins Werk zu setzen, ehe man von den Gegnern dazu geprügelt wird.

Proletarischer wäre es wohl, sich vorher zu einigen, um die Macht zu gewinnen, als den Gegnern zur Macht zu verhelfen, bloß damit man sich zu einigen vermag. Es ist immer ein Zeichen der Rückständigkeit, wenn man das Notwendige nicht rechtzeitig genug erkennt, um es freiwillig tun zu können, sondern wartet, bis man durch äußere Momente dazu gezwungen wird. Das Endergebnis mag dasselbe sein, aber wie groß sind die unnützen Opfer, die dieser zweite Weg erfordert!

Kein Zweifel, das deutsche Proletariat wird sich behaupten, trotz alledem. Aber man muß befürchten, daß das Verhängnis ungeheuer groß sein wird, das von ihm und dem ganzen deutschen Volk noch zu bezahlen sein wird, ehe es zum dauernden und fruchtbringenden Besitz der Staatsgewalt gelangt, der ihm bei nötiger Einsicht und Einheitsfront jetzt schon zugänglich wäre.

Notwendige Ergänzung.

Wie spricht die „Freiheit“ am Montagabend: Die Regierungsbildung ist jetzt zunächst Sache der bürgerlichen Parteien. Sie haben bloß jede sozialistische Politik verhindert, aber alle Verantwortung immer wieder auf die angeblich sozialistische Regierungspolitik abgewälzt. Jetzt werden sie zu zeigen haben, was sie selbst leisten können.

Sehr wahr, aber unvollständig: Denn genau so oft und genau so maßgebend wie die Rechte haben die Unabhängigen und ihre Presse die Sozialdemokratie allein für die Politik der Koalition verantwortlich gemacht und dabei weise verurteilt, daß es die bürgerlichen Parteien waren, die jede sozialistische Politik verhindert, wobei ihnen der verantwortungslose Wortwortsinn der Unabhängigen die besten Dienste leistete.

Die „Freiheit“ wird natürlich den Lapsus, einmal ausdrücklich gewesen zu sein, schließlich wieder zugunommen suchen; sie wird sagen, die Sozialdemokratie hätte an der Koalition überhaupt nicht teilnehmen dürfen. Aber wie kann die Verfassung, das Wahlergebnis, die Sozialpolitik ausgeführt haben würden, darüber wird sie natürlich nichts sagen, denn sonst müßte sie ja zugeben, daß das Mittelglied der Sozialdemokratie mehr geschafft und weit wirksamer Schimmerer herbeigeholt hat, als das „positive“ Draußenstehen und Schimpfen der Unabhängigen!

Wie war's im Januar 1919?

Endlich ein Geständnis!

Die „Rote Fahne“, die bisher die Schuld der Kommunisten an dem verhängnisvollen Januarputsch von 1919 hartnäckig leugnete, bekennt sich jetzt, da sie sich im Kampf mit der R. A. P. D. befindet, endlich zur Wahrheit. Sie protestiert in ihrem letzten Sonntagsteiler gegen eine Feier, die die R. A. P. D. am Grab der Rosa Luxemburg veranstaltete. schildert die Aufgaben, die den Kommunisten im Januar 1919 zugefallen waren, und fährt dann fort:

Die junge Partei war damals weder geistig noch organisatorisch schuldig, eine solche Probe zu bestehen. Organisatorisch nicht. Denn sonst hätte es nicht kommen dürfen, daß damals die Albert Bister und Schröder-Nachste unter den Delegierten und — versteht sich — unter den „Extraditalen“ waren. Und sie waren nicht die einzigen ihrer Sorte. Sie war auch geistig noch nicht imstande. Sie unter-

lag den Stimmungen jener gespannten Dezenberlage und unterlag dem Ehrgeizschwall und Raubelbentum eines Otto Rühle. Als Rosa Luxemburg den frag „und wenn die Nationalversammlung zusammenkommt, was machen wir dann?“, da war die prompte Antwort: „Mit Maschinengewehren auseinanderretzen“. Er hatte die Redaktionen und die Extraditalen für sich und für dieses einfache Rezept. Die Redaktionen aber wenigstens waren ehrlich. Seit Tage später handelten sie nach dem Rezept und viele haben ihr Blut und ihr Leben dabei gelassen. Otto Rühle aber sah in Dresden, war weiter radikal und sagte, als die in Berlin nach seinem Rezept handelten: „Die sind verrückt geworden in Berlin.“

Die „Rote Fahne“ schreibt noch in diesem Zusammenhang, der „Vorwärts“ habe Rosa Luxemburg damals verurteilt. Wir haben damals allerdings geglaubt, daß die ganze kommunistische Partei für den Januarputsch solidarisch verantwortlich sei, und das war sie auch in dem Sinne, daß ihre ganze Geistesrichtung dem Spitzel- und Abenteuerertum einen allzu fruchtbareren Nährboden bot. Daß Rosa Luxemburg persönlich eine Gegnerin des Putschs war, haben wir seitdem bei jeder Gelegenheit hervorgehoben.

Spitzel überall!

Die von uns aus der „Freiheit“ zitierten Spitzelbriefe betrafen u. a. das Mitglied der R. A. P. D., Reich. Die Briefe trugen uns bereits eine Verächtung des Antisemitismus von Heinsburg ein. Jetzt erhalten wir von Herrn Reich selbst ein Schreiben, daß die Affäre noch viel interessanter macht, als es bisher schon den Anschein hatte. Wir geben es deshalb im Wortlaut wieder:

In der Abendnummer des „Vorwärts“ vom 10. Juni 1920 bringen Sie unter der Überschrift „Notwendige Zerstückelung der Arbeiterkraft durch deutschnational-kommunistische Doppelspiel“ zwei in der „Freiheit“ erschienene „Dokumente“ zum Abdruck. Aus diesen zwei „Dokumenten“ muß jeder oberflächliche Leser ohne weiteres annehmen, daß das Mitglied der R. A. P. D., Reich als Doppelspiel im Dienste der Rapp-Lütticher gestanden hat oder noch steht.

Unterzeichnet er lautet deshalb am Aufsatze folgender Erklärung:

Alle Veröffentlichungen, die beweisen sollen, daß ich jemals mit der Dillenkammarilla oder sonstigen gegenrevolutionären Kreisen Verhandlungen oder Beziehungen gehabt habe, sind bewußt Lügen und Verleumdungen.

Die in der „Freiheit“ veröffentlichten Briefe stammen aus einer ganzen Sammlung gefälschter Dokumente, in der noch andere Personen, wie Heinen und Walcher, Mitglieder des Sportklubverbandes, direkt oder indirekt als Doppelspieler gekennzeichnet sind.

Der R. A. P. D. sind die gesamten Dokumente teils in Abschrift, teils in Photographie von dem Redakteur der „Freiheit“, der sich im Besitz der Original-Fälschungen befindet, vor ungefähr 4 Wochen zur Verfügung gestellt worden, weil der betreffende Redakteur sich von der Fälschung überzeugt hatte.

Trotz der erkannten Fälschung hatte Hilferding, Chefredakteur der „Freiheit“, die Absicht, diese Dokumente zu veröffentlichen und war ein Leitartikel aus Hilferdings Feder bereits dazu geschrieben. Der betreffende Redakteur der „Freiheit“, Dr. A., der sich im Besitz der Original-Fälschungen befand, protestierte aber dagegen. Hilferding war empört darüber, daß man in Wochenblätter derartige Briefe nicht sofort ohne jede Nachprüfung abdruckte. Hilferding mußte aber, nachdem Dr. A. mit Rührung drohte, sich dazu entschließen, auf die Veröffentlichung zu verzichten und seinen geschriebenen Leitartikel dementsprechend abändern.

Weiterhin ist von der R. A. P. D. festgestellt worden, daß der unter dem Namen Müller aufzutretende Hebertmüller der gefälschten Dokumente in der Presseabteilung des zuständigen Amtes ein- und austritt und dort unter dem Namen von Lohberg bekannt ist.

Der selbe v. Lohberg unterhält im Auftrage einer besonderen

Die verheiratete Lehrerin.

Von Oberlehrer Dr. Erich Witte.

Nach einer Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung können jetzt Lehrerinnen im Amt bleiben, wenn sie sich verheiraten. Allerdings sollen sie zunächst nur auftragweise weiter beschäftigt werden, denn die Angelegenheit wird später durch ein Gesetz endgültig geregelt werden. Diese Verordnung war eine notwendige Folge von Artikel 128, Absatz 2 der Reichsverfassung: „Alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.“ In manchen Ländern, wie zum Beispiel in Frankreich, gibt es ein Zölibat der Lehrerinnen überhaupt nicht.

Wenn man bisher die Lehrerin gezwungen hat, im Falle ihrer Verheiratung ihren Beruf aufzugeben, so hatte dies nicht so sehr seinen Grund in der Befürchtung, sie könnte ihre Lehrtätigkeit vernachlässigen, da ja eine Witwe wieder angestellt werden konnte, auch dann, wenn sie verschiedene kleine Kinder hatte. Der Hauptgrund war ein anderer. Als Ehefrau hätte sie oft monatelang fehlen müssen, nämlich dann, wenn sie ihrem Mutterglaube entgegen sah. Ich glaube übrigens, daß, wenn jetzt eine verheiratete Lehrerin aus diesem Grunde längere Zeit nicht zur Schule kommen kann, sich ein Streit darüber erheben wird, wer die Vertretungskosten zahlt. Die Behörden werden sagen: die Lehrerin selbst. Diese will gleiche Rechte haben. Da aber die Lehrer aus dem angegebenen Grunde nicht fehlen können, würden die Lehrerinnen bedroht werden, wenn sie nicht ihre Vertretungen selbst besolden würden. Die Lehrerinnen selbst aber werden entgegen: „Als Deutschland noch ein Militärland war, brauchten die Lehrer nicht ihrem Vertreter zu bezahlen, wenn sie zu einer militärischen Übung eingezogen wurden, d. h., wenn sie darauf vorbereitet werden sollten, Menschenleben zu vernichten! Jetzt sollen wir das Gehalt für unsere Vertreterin bezahlen, wenn wir fehlen, um Menschen das Leben zu geben? Die diese Streitfrage entschieden werden wird, läßt sich natürlich jetzt nicht sagen. Aber eines ist sicher. Es kann für die Kinder, welche die Schule besuchen, von Vorteil sein, wenn einige ihrer Lehrerinnen Mütter sind und die seelische und körperliche Entwicklung eines Kindes von der Stunde der Geburt an aus eigenen Beobachtungen kennen. Unverheirateten Lehrerinnen fehlt hier eine Erfahrung, die nicht gering einzuschätzen ist.

Allerdings ist es nicht zu leugnen, daß die Aufhebung des Eheverbots, das bisher für Lehrerinnen bestand, einen Nachteil hat. Es wäre berechtigt, über diesen hinsichtlich hinwegzugehen. Wenn Lehrerinnen sich verheiraten und ihren Beruf aufgeben, machen sie ihren Platz Kolleginnen frei, die auf Anstellung warten. Die Zahl dieser ist aber gewaltig groß. Steht nicht auch eine gewisse Ungerechtigkeit

darin, daß eine verheiratete Lehrerin doppelt versorgt ist, durch ihre Anstellung und durch ihren Mann, dafür aber eine auf Anstellung wartende gar nicht? Daher erlaube ich mir, zwei Vorschläge zu machen.

Durch den einen soll einer Lehrerin, wenn sie sich verheiratet, der Entschluß, ihren Beruf aufzugeben, erleichtert werden. In der Berliner Deputation für die äußeren Angelegenheiten der höheren Schulen kam neulich der folgende Fall zur Verhandlung. Eine Lehrerin, welche sich verheiratet und ihren Beruf aufgeben wollte, beanspruchte eine bestimmte Summe als Ersatz dafür, daß sie durch ihren Fortgang auf ihre Ansehensansprüche verzichtete. Ihr Gedankengang war der folgende: „Für meine Tätigkeit habe ich nicht nur mein Gehalt bekommen, sondern ich habe mir dadurch auch ein gewisses Recht erworben, später im Alter eine Pension zu beziehen. Auf dieses Recht verzichte ich nun. Dafür beanspruche ich eine bestimmte Summe.“ Obgleich es sich natürlich nicht um ein kluges Recht handelte, haben wir doch den Magistrat beauftragt, uns statistische Angaben über die Kosten zu machen, welche entstehen würden, wenn wir auf den Vorbehalt der Lehrerin eingehen würden. Denn selbstverständlich müßte dann allen Lehrerinnen im Falle ihrer Verheiratung der gleiche Anspruch zuerkannt werden. Man muß hierbei berücksichtigen, daß für eine Lehrerin, die zum Beispiel schon 15 Jahre tätig ist und daher schon verschiedene Alterszulagen erhält, eine jüngere angestellt wird, die erst das Anfangsgehalt bezieht. Rechnet man aus, was die Stadt durch den Abgang der Lehrerin erheben würde, so könnte man dieser den Anspruch darauf wenigstens zum Teil zuerkennen. Wenn also zum Beispiel eine Lehrerin nach 15 Jahren 8000 M. erhalten würde, die Neuanstellung aber nur 6000 M., so würde die Stadt im ersten Jahr 2000 M. sparen. Spricht man einer Lehrerin grundsätzlich im Falle ihrer Verheiratung das Recht auf eine solche Abfindung zu, so erleichtert man ihr den Entschluß, ihren Beruf aufzugeben, ohne daß der Stadt Unkosten entstehen. Die Lehrerin selbst aber kann dies Geld jetzt, wo die Wohnungseinrichtungen so teuer sind, gut gebrauchen. Unter diesen Umständen kann es sogar kommen, daß die Heiratsausichten für Lehrerinnen besser werden.

Der zweite Vorschlag ist ein anderer. Wenn eine Lehrerin der Ueberzeugung ist, daß sie als Ehefrau und Mutter ihrer Verfassung nicht in vollem Umfange nachkommen kann, so gestatte man ihr, die Hälfte der Stunden zu geben. Sie erhält dann auch die Hälfte des Gehalts und später auch die Hälfte der Pension. Auf diese Weise ist allen gedient. Die Lehrerin kann noch etwas verdienen, braucht nicht den Beruf aufzugeben, auf den sie sich so lange vorbereitet hat, der ihr so lieb ist. Die Stadt oder der Staat hat weniger zu befürchten, daß die verheirateten Lehrerinnen ihren Beruf vernachlässigen, hat keine Unkosten, da eben zwei halbbeschäftigte Lehrerinnen einer vollbeschäftigten gleich

zu rechnen sind. Die Aussichten für die noch nicht angestellte Lehrerinnen werden dann nicht so ungünstig wie in dem Fall, wo die Lehrerin, die ihren Beruf nicht aufgeben will, stets vollbeschäftigt wird.

Selbstverständlich will ich mich nicht auf die Hälfte der Stunden festlegen. Will eine verheiratete Lehrerin $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{3}$ der Pflichtstunden der Lehrerinnen geben, so ist auch dagegen nichts einzuwenden.

7 Kundgebung der deutschen Schulreformer. Dienstag abend, händlich! Uebernehmen die entscheidenden Schulreformer im Friedrich-Eilhelms-Gymnasium, nachtrage eine öffentliche Versammlung, in der Prof. Cestrich über „Jedem seine Schule“, Dr. Rameau über „Selbstverwaltung und Selbstleitung bei Lehrern und Schülern“, Prof. Böder über „Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter“, Prof. Müller-Dietrich über „Geist und Handarbeit“ sprechen und Bismarck mit der Jugendindividuell und Rückständigkeit mancher Arten von „Schulreformer“ abrechnen will. Jedermann willkommen!

Schiller-Theater: Der Vielgeprüfte. Das Lustspiel ist ein paar Jahre vor dem großen Theatererfolg geschrieben, den Meyer-Hörster mit seiner Schilderung feindlich-feindlichen Treibens in „Al-Geibelberg“ erzielte, und handelt gewissermaßen vom Gegenstand akademischer Freiheit, den Könen der Gymnasien. Ein Referendar hat das zweifelhafte Glück gehabt, daß Mädchen, welchem er verlobt war, ohne Aufschub heimzuführen. Einmal ist er schon durch die Affektprüfung durchgefallen, und der reiche Schwiegerpapa fühlt sich in seinem Ehrgeiz immer gekränkt. Der arme Kerl daß mit allen Kräften, aber das ewige Gebete des Alten und der ganzen lieben Sippe macht ihn konfus. Nur sein Frauchen hält ihm die Stange. Die Tragikomik der sozialen Lage wird mit hübenmäßigem Geschick und Schmonk-einfallen ergötzlich durchgeführt im ersten Akt, wo der Bedrängte sich zur Abfahrt rümpelt, den Kampf am grünen Tisch vor den gelirenden Herren in Grad und weißer Binde nochmals auszuweihen. Jedes das Belustigte des Komiks ist damit auch erschöpft.

Die Aufführung arbeitete die Pointen hübsch heraus. Mit liebenswürdigem Humor repräsentierte Astin die sanfte Gütmütigkeit des von aller Welt gemarterten, erkrankten und geschwieglichen Durchfallskandidaten; eine sympathische Erscheinung fand Anna Arzile als tapfere Gefährtin ihm zur Seite. Sehr fein mußte Neuzel die dortig vorgehende Unausgesprochenheit des Schwiegerpapas mit drohiger Komik zu vereinen. Carl Eizer gab als Berichtreporter ein naturistisch nuanciertes Sonettchen.

Theater In der Staatsoper wird heute in Forderung des Spielplans „Lohnhäuser“ aufgeführt. Beginn bereits um 5 1/2 Uhr.

Der Berliner Lehrergewerksverein konzertiert in den nächsten Tagen in dreizehn Sälen des 9. und westpreussischen Wohnbezuges.

Der ukrainische Nationalchor wird heute nachmittags 6 Uhr beim Stiftungsfest des Vereins von Freunden der Treptow-Bierwaare Volkshilfen singen.

Groß-Berlin

Zur bevorstehenden Kommunalwahl!

An die Parteifunktionäre Groß-Berlins!

Am kommenden Donnerstag, den 17. d. M., abends von 8 Uhr an, soll von den bekannten Stellen aus, eine Flugblattverteilung über Groß-Berlin stattfinden. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Da von den Wählern der nicht zur Stadt Berlin gehörenden Bezirke und Verwaltungsbereiche durch lokale Mitteilungen andere Anweisungen erteilt werden, sind diese zu beachten. Die Verschickung der Stimmgelbe erfolgt nicht an die einzelnen Lokale; die Verteilung ist vielmehr durch den betreffenden Kreiswahlleiter näher zu regeln, um Verwechslungen zu vermeiden, die dadurch entstehen können, daß verschiedene Abteilungen der bisherigen Organisation bei der kommenden Wahl zu anderen Stadtkreisbezirken gehören. Das gleiche gilt auch für die Abgrenzung in den einzelnen Ortshäusern in den Vororten, wo verschiedene Verwaltungsbereiche in Betracht kommen. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, sich diesen neuen organisatorischen Verhältnissen anzupassen und Kreiswahlleitern und Abteilungsleitern die weitestgehende Unterstützung zu leisten.

Am gestrigen Tage hat die Prüfung der Stadtwahlverträge durch den Stadtwahlprüfungsausschuss stattgefunden. Der Meinung zufolge haben folgende Parteien oder Gruppen Stadtwahlverträge eingereicht: 1. Unabhängige Sozialdemokratische Partei (Liste Dr. Bensch), 2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Liste Heimann), 3. Parteilose Frauenvereinnigung (Liste Hel. von Wierle), 4. Deutsch-Demokratische Partei (Liste Caspel-Dominikus), 5. Deutsche Volkspartei (Liste Brande), 6. Sozialnationalistische Volkspartei (Liste Koch), 7. Zentrum, Christliche Volkspartei (Liste Dr. Lemmerich), 8. Wirtschaftsbund Groß-Berlin (Liste Sterner-Dreiwil).

Die Verteilung der Reststimmen der Stadtliste erfolgt nicht, worauf hingewiesen sein mag, durch den bei der Gesamtstimmzählung ermittelten Wahlsieger, sondern nach § 9 des Gesetzes vom 27. April 1920, nach dem allgemein für die Stadtverordnetenwahlen geltenden Grundregeln der Verhältniswahl. Bezüglich der Zusammenstellung des Wahlergebnisses sei darauf hingewiesen, daß die Rechnungen der Resultate von den einzelnen Wahlbezirken nicht an das Generalkreiswahlbureau, sondern an den Wahlleiter des betreffenden Wahlkreises bzw. Bezirkes zu erfolgen hat. Die näheren Stellen, an denen die Wahlkreisleiter zu erreichen sind, werden später noch angegeben.

Das Zentralwahlbureau für Sonntag, den 20. Juni, befindet sich Lindenstraße 8 (Kommunales Bureau für Groß-Berlin, Telefon: Amt Moritzplatz 147/14).

Parteilose Kommunalwähler! An die Arbeit! Auch diese noch zur Verfügung stehende Zeit aus, um Stimmen für die Sozialdemokratische Partei, für die Liste Heimann, zu werden.

Die Tagung der deutschen Polizeibeamten.

Auf der Tagung des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands, die gestern in Berlin unter Leitung des Verbandsvorsitzenden Schrader begann (vgl. den Bericht in der gestrigen Abendausgabe), dauerte die an Dr. Franziskus Referat über die Gewerkschaftsbewegung in Verbindung mit der Neugestaltung der Polizei sich anschließende Diskussion noch bis in den Nachmittag hinein. Sie erregte lebhaftes Interesse in den meisten Punkten. Die Notwendigkeit, den gewerkschaftlichen Charakter der Organisation zu wahren, wurde hier betont. Unter lebhaftem Beifall hob ein Vertreter aus Sachsen hervor, daß dort Polizeibeamte aller Dienstgrade ihren einheitlichen Verband haben. Ein Vertreter aus Baden forderte,

daß zum Vorgehen nur gemacht wird, wer den Dienst von unten auf durch eigene Leistung kennen gelernt hat. Gegen die Verstaatlichung der Polizei mochte ein Redner geltend, daß kommunale Polizei weniger als politische Polizei mißbraucht wird. Die von uns bereits mitgeteilte Resolution, die die Vereinheitlichung des ganzen Polizeiwesens fordert, wurde einstimmig angenommen.

Es folgte ein Vortrag des Schuldirektors Gundlach-Hamburg über Polizeischulwesen. In Hamburg ist für die Polizei ein Schulunterricht als Zweig des Dienstes eingerichtet worden. Er umfaßt verschiedene Bildungsstufen und ermächtigt den Befähigten sogar den Uebergang zur Unübersicht, die dann die Ausbildung zum höheren Beamten vervollständigt.

Polizeinspektor Julian Richterfeld zeigte einige Kriminal-Projektionsfilme. Sie können teils zur Unter-

suchung und erblende in einiger Entfernung einen Mann, der ihn mit Schüssen empfangt. Ohne Zweifel war das Polizeiwachmeister Gilbert der Wenzel für einen Einbrecher hielt. Wenzel aber glaubte seinerseits, in dem Manne, der bürgerliche Kleidung trug, einen Einbrecher vor sich zu haben und erwiderte das Feuer. Er sah auch, wie der Mann zusammenbrach. Gleich darauf kam ein zweiter Mann heran, der ebenfalls auf ihn schah. Auch ihn hielt Wenzel für einen Einbrecher, zumal da er vorher auf dem Grundstück selbst mehrere Personen wahrgenommen zu haben glaubte. Er nahm an, daß mit diesen die beiden Männer drohen im Zusammenhang ständen und schah auch auf den zweiten Mann. Auch dieser schrie laut auf. Wenzel kehrte jetzt auf das Grundstück zurück und vergrub aus Furcht vor Entdeckung seine Browningpistole. Sie wurde an der von Wenzel bezeichneten Stelle ausgegraben und beschlagnahmt. Ob seine Darstellung in allen Punkten zutrifft, wird erst durch eine eingehende Vernehmung des Polizeiwachmeisters Predel festgestellt werden können.

Das nächste Städtische Volkstheater des Wilhelmsharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagemel, findet heute 8 Uhr in der Wilhelmsharmonie, Bernburger Str. 22-23, statt. Der Vorverkauf findet hier in der Centralhalle für Volkstheater, Auguststr. 61, in der Hallen-Gewerkschaftskommission, Engelstr. 15, im Zigarrengeschäft von Herich und im Konzertsaal.

Sozialistischer Studentenbund, Donnerstag 7 1/2 Uhr Vortrag von Prof. Reiser in der Unterstadt. Gäste willkommen.

Der Streit um die Hilfskräfte in Schöneberg.

Die Schöneberger Stadtvorordnetenversammlung eröffnete ihre gestrige Sitzung mit einer langen und erregten Beschlusseingangsdebatte über die Frage der Zulassung einer Deputation von Bureauhilfskräften. Auf der Tagesordnung stand eine Magistratsvorlage wegen der Neuregelung der Besoldung der Hilfskräfte, und zwar beantragte der Magistrat die Ablehnung des Schiedspruches. Aus diesem Anlaß hatte sich vor dem Rathaus ein Demonstrationszug von einigen Hundert Hilfskräften eingefunden.

Der Stadtvorordnetenvorsteher Geminalli (Soz.) teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß im Rathaus eine Deputation der Hilfskräfte erschienen sei. Er fragte an, ob die Fraktionsführer zu ihr gehen wollten. Wilberg (N. Soz.) beantragte, die Vorlage außer der Reihe sofort heranzunehmen und die Deputation zur Stadtvorordnetensitzung zuzulassen. Kober (Dem.): Wir haben keine Neigung, eine Verbeugung vor der Straße zu machen. Diese Demonstration macht gar keinen Eindruck auf uns. Das Verfahren widerspricht den klaren Grundsätzen der Demokratie. Die Hilfskräfte haben ja 9 Vertreter in der Stadtvorordneterversammlung. Die werden ihre Rechte schon wahrnehmen. Wir verzichten darauf, die Deputation auch nur zu empfangen. Dr. Schneider (Unabh.): Koch nie hat eine Stadtvorordneterversammlung einen so unwürdigen Eindruck gemacht, wie die von Berlin gegenüber den demonstrierenden Hilfskräften. Wir würden die Selbstverwaltung betreffen, wenn wir uns darauf einließen. Erdmann (Soz.): Als Arbeitgebern muß es uns Stadtverordneten doch erwünscht sein, zu hören, was die Arbeiter und Lehrlinge zu sagen haben. Mit den Beamten und Lehrern haben wir über ihre Besoldung verhandelt, mit den Hilfskräften nicht. Wir würden nur nachhaken, was bisher versäumt ist. Ob das im Saal oder draußen geschehen soll, ist nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Beschließt die Versammlung nicht so, dann wird unsere Fraktion sich selber informieren. (Beifall auf der Tribüne. Vorsteher Geminalli unterbrach solche Ausgebungen.) Kober (Dem.): Wir können ja die Vorlage dem Magistrat zurückgeben. Dann kann er die Hilfskräfte noch hören. Dr. Teufel (Dem.): Wir werden und dem Wunsch, die Hilfskräfte zu hören, nicht widerstehen. Die Vorlage wird ja einem Ausschuß überwiesen werden. Aber dagegen wehren wir uns aufs allerentschiedenste, daß wir hier gegen unsere Ordnung verfahren. Wilberg (N. Soz.): Sagen Sie es doch offen: Sie wollen die Leute nicht hören. (Beifall auf der Tribüne.) Kober (Dem.): Die Hilfskräfte haben noch nie beantragt, zu den Sitzungen der städtischen Deputationen zuzugreifen zu werden. Wir wollen die Leute jetzt nicht hören. Wir brauchen nicht der Straße Schar, die uns Beifall brüllt. (Enttäuselter Lärm auf der Tribüne.) Wenn Sie die Herrschaften hier empfangen, werden wir den Saal verlassen. (Neue Erregung auf der Tribüne.)

Sonntag ist Wahl!

Es gilt das erste Parlament Groß-Berlins zu wählen. Wer sich über die Stellung der Sozialdemokratie zur Zukunft dieser neuen Riesengemeinde informieren will, der besuche die

Wählerversammlungen der S. P. D.

- Dieselben finden statt:
- Heute am 15. Juni:
 - Niederschöneweide, 8 Uhr in der „Vorelay“, Berliner Str. 101. Referent: Genosse Kreuziger.
 - Gohenschönhausen, Aula der Schule, Rüdernstraße.
 - Morgen am 16. Juni:
 - Wahlkreis Berlin-Mitte, 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Engelstr. 15. Referent: Genosse Glocke.
 - Wahlkreis Friedrichshagen, 7 Uhr in der zweiten Handwerkererschule, Andreasstraße 1. Referentin: Genossin Hoppe.

weisierung der Beamten, teils zur Warnung des Publikums vor Verbrechern dienen.

Der erste Tag schloß mit einem Referat des Verbandsvorsitzenden Schrader über die Besoldungsreform und der Annahme folgender Entschlüsse:

„Die in den Kammerjahren zu Berlin versammelten Vertreter der Polizeibeamten Deutschlands erklären hiermit, daß das Ergebnis der neuen Besoldungsreform in keiner Weise für die Polizeibeamten zufriedenstellend ausgefallen ist.“

Die Polizeibeamten Deutschlands fordern neben einer durchgreifenden Besoldungsreform in die Stellung hineingruppiert zu werden, worin sie ihrer Tätigkeit und Vorbildung noch gehören. Sie sehen als Mindestgrenze dafür die Klasse 4 an.

Außerdem fordern die Vertreter der Polizeibeamten im Hinblick, daß ihr Dienst ein besonders aufreibender und gefährlicher ist, die Sondervergütungen, wie sie in den Schlussbemerkungen zur Besoldungsordnung Ziffer 4 bis 8 vorgelesen sind.“

Der Feuerkampf am Kottbuser Ufer aufgefäkt.

Der blutige Vorgang am Kottbuser Ufer, bei dem der Polizeiwachmeister Gilbert erschossen und sein Kamerad Predel schwer verwundet wurde, ist jetzt aufgeklärt. Der Schütze ist der Kupferfabrikmeister Wilhelm Wenzel, der auf dem Grundstück seine Schmiede betreibt und wohnt. Wenzel gab zunächst an, er habe um 3 Uhr nichts von dem Wächter gehört, daß auf der Straße ein toter Mann liege. Nun erahnt sich aber, daß er selbst schon um 2 Uhr zu seiner Frau geküßelt hatte, auf der Straße liege ein toter Mann. Davon, daß er selbst damit im Zusammenhang stehe, hatte er nicht verlauten lassen. Als ihm die Unstimmigkeiten vorgehalten wurden, gestand Wenzel, daß er der Schütze war.

Nach seiner Darstellung wachte er und seine Frau auf, als die Värmglode im Kontor der Woffischen Eisenhandlung anfing. Wenzel lud seine Browningpistole und ging an das Tor des Grundstücks, während die Värmglode immer weiter läutete. Er öffnete

auch mit jungen Mädchen zusammengetroffen. Dabei auf Seltanraa gab es keine. Jennine, die Waag, war nicht zu rechnen, sie war nur ein Arbeitstier, sie paßte besser für Sibert. — „Ich möchte wohl wissen, wie die Barbro vom Weidablick geworden ist.“ sagte er. — „Geh hinunter zu Axel Ström und sieh sie dir an.“ entgegnete Sibert.

An einem Sonntag machte sich Eleus auf den Weg. Kamohl, er war auswärts gewesen und hatte Mut und Lustigkeit wiedergefunden, hatte Mut gelockt, in Axel's Gamme lebte er wieder auf. Barbro selbst war keineswegs zu verachten, jedenfalls war sie die einzige hier in der Gegend; sie spielte Gitarre und war witzig, außerdem noch sie nicht nach Rastfarn, sondern noch eiferten Sachen, nach Haarwasser. Seinerseits gab Eleus zu verstehen, daß er nur in den Ferien daheim sei, das Bureau werde ihn bald zurückberufen. Immerhin sei es angenehm, wieder einmal dabei zu sein, wieder in der alten Heimat, und er habe jetzt droben die Kammer für sich allein zum Bewohnen. Aber es sei eben doch nicht die Stadt!

„Rein, das weiß Gott, daß das Dedland nicht die Stadt ist.“ stimmte Barbro bei.

Axel selbst kam diesen Stadtkindern gegenüber nicht recht zur Geltung. Er langweilte sich und ging hinaus auf seine Felder. Nun hatten die beiden freie Hand, und Eleus war prohartig. Er erzählte, er sei im Nachbardorfe gewesen und habe dort einen Oheim begraben, auch vergah er nicht zu sagen, daß er am Sonntage eine Rede gehalten hätte.

Als er ging, sagte er zu Barbro, sie solle ihn ein Stück Wegs begleiten. Aber nein, danke! — Ist es Sitte und Brauch in der Stadt, daß die Damen die Herren heimbegleiten?“ fragte sie. — Da wurde Eleus wahrhaftig rot und verstand, daß er sie beleidigt hatte.

Trotzdem ging er am nächsten Sonntag wieder aufs Nachbargut, und da trug er den Spazierstock in der Hand. Die beiden unterhielten sich wieder wie das letztmal, und Axel wurde wieder überleben. „Dein Vater hat jetzt einen großen Hof, er hat sehr viel gebaut.“ sagte er. — „Ja, und er hat auch das Geld zum Bauen. Vater kann alles, was er will!“ antwortete Eleus und prahlte darauf los. „Für uns andere arme Schlucker ist es nicht so leicht.“ — „Wieso?“ — „Na, habt ihr es nicht gehört? Jetzt eben sind einige schwedische Millionäre bei ihm gewesen und haben ihm einen Kupferberg abgekauft.“ — „Was du da sagst? Und hat er viel Geld dafür bekommen?“ — „Johannell viel. Ja, ja, ich will nicht prahlen, aber es waren jedenfalls viele Tausend. Aber was ich sagen wollte: Bauen, sagst du? Ja, sehe, du hast Zimmerholz draußen liegen, wann willst du selbst bauen?“ — „Niemand.“ warf Barbro ein.

Niemand! Das war nun Vorwitz oder Ubertreibung.

Axel hatte im letzten Herbst Steine ausgebrochen und sie im Winter hergehahren; jetzt im Sommer hatte er die Mauer samt Keller und allem andern fertig gemacht, er brauchte nur noch das Haus aufzurichten. Er sagte, auch er hoffe, das Haus schon im Herbst unter Dach zu bringen, er habe auch schon daran gedacht, Sibert zu bitten, ihm ein paar Tage zu helfen, was Eleus dazu meinte? — „O ja,“ meinte Eleus. „Aber du kannst mich bekommen.“ sagte er lächelnd hinzu. — „Gut?“ sagte Axel eifersüchtig und redete ihn plötzlich mit Euch an. „Ihr habt Genie für andere Sachen.“ — Wie das schmecke, sogar hier im Dedland anerkannt zu werden. „Ich fürchte sehr, daß diese meine Hände nicht dazu taugen,“ sagte Eleus auch und tat anerkennend vornehm. — „Laß mich sehen!“ sagte Barbro, indem sie seine Hände ergriff.

Axel fühlte sich wieder auf die Seite gejezt und ging hinaus; nun waren die beiden abermals allein. Sie waren gleichaltrig, waren zusammen in die Schule gegangen, hatten miteinander gespielt, umhergetollt und sich geliebt; jetzt frähten sie mit unendlicher Ueberlegenheit die Kindheitserinnerungen auf, und Barbro spulte sich ordentlich auf, daß war nicht zu verkennen. Natürlich war Eleus nicht zu vergleichen mit den großen Kontoristen in Bergen, die Kneifer und goldene Uhren hatten, aber hier auf dem Dedland war er unlegbar ein richtiger Herr. Und nun holte sie ihre Photographie von Bergen herbei und zeigte sie ihm: So habe sie damals ausgehoben, aber wie jetzt! — „Was soll dir denn jetzt fehlen?“ fragte er. — „Ach ja, du meinst, ich habe nicht abgenommen?“ — „Abgenommen? Ja, will dir nur ein für allemal sagen, daß du jetzt doppelt so hübsch bist, überhaupt voller geworden.“ sagte er. „Abgenommen? Nein, das ist klassisch!“ sagte er. — „Aber findest du mein Kleid, das am Hals und im Rücken ausgeschnitten ist, auf dem Bild nicht hübsch? Und dann hatte ich auch, wie du siehst, eine silberne Kette, die hab ich von einem der Kontoristen, bei denen ich war, geschenkt bekommen. Aber dann hab ich sie verloren: das heißt nicht geradezu verloren, sondern ich brauchte Geld, als ich heiratete.“ — Eleus fragte: „Kann ich nicht die Photographie bekommen?“ — „Sie bekommen? Und was bekomme ich dafür?“ — O, Eleus wußte recht gut, was er am liebsten geantworiet hätte, aber er wagte es nicht, zu sagen. „Ich werde mich photographieren lassen, wenn ich in die Stadt komme, dann bekommst du meine auch.“ sagte er dagegen. Sie aber nahm das Bild wieder an sich und sagte: „Rein, ich hab nur noch die eine.“ — Da wurde es düster in diesem jungen Herzen, und er streckte die Hand nach dem Bild aus. — „Na, ja, dann gib mir gleich etwas dafür!“ sagte sie lachend. O, da griff er zu und küßte sie herzlich ab. (Fortf. folgt.)

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Über Eleus? Hatte er sich von Anfang recht freudig und beruhigt über des Oheims Verhältnisse ausgesprochen, so mußte er doch später überlegen und etwas mit der Wahrheit herausbrücken. Er versuchte es mit einem schwachen Einwand: „Die Kasse ist ja nicht so ganz in Ordnung,“ sagte er. — „Awohl, aber da ist ja alles, was ich sonst hinterlasse.“ — „Ja, und dann hast du wohl auch noch da und dort Geld auf der Bank?“ fragte Eleus, denn so ging das Gerücht. — „Na,“ antwortete der Alte, „wie das auch sein mag, so habe ich jedenfalls die Fischgerechtigkeit, den Hof und die Häuser und das Vieh, und weiße Kühe und rote Kühe! Ich glaube, du farest, mein guter Eleus!“

Eleus wußte nicht, wieviel die Fischgerechtigkeit wert sein konnte; aber das Vieh hatte er jedenfalls gesehen: es bestand aus einer Kuh. Sie war weiß und rot. Oheim Sibert redete vielleicht irre. Und Eleus verstand auch des Alten Rechnungen nicht alle; sie waren in einem großen Durcheinander, der reine Wirrwarr, besonders aus dem Jahr, wo der Ringzug von Talern in Kronen übergegangen war. Der Bezirkskassierer hatte da oft die kleinen Kronen für volle Taler gerechnet. Kein Wunder, daß er sich für reich hielt! Aber Eleus fürchtete, wenn er einmal alles geordnet sein würde, werde nicht viel übrigbleiben, vielleicht nichts, ja vielleicht reichte es nicht einmal hin.

O Klein-Sibert konnte ihm leicht das versprechen, was der Oheim hinterließ!

Die Brüder egersten darüber, Sibert war nicht niedergeschlagen, im Gegenteil, vielleicht hätte er sich schließlich mehr gegreimt, wenn er wirklich fünftausend Taler verschleudert hätte. Er wußte wohl, daß er aus reiner Berechnung nach dem Oheim genannt worden war, er hatte also auch nichts von ihm verdient. Jetzt zwang er Eleus die Erbschaft förmlich auf: „Ja gewiß mußt du sie annehmen, komm, wir wollen es schriftlich machen!“ sagte er. „Ich gönne es dir, wenn du reich wirst. Verschmäh es nicht!“

Sie hatten viel Spaß miteinander. Sibert war in der Tat der, der Eleus am meisten half, das Leben daheim auszuhalten, vieles wäre ohne Sibert schwerer für Eleus gewesen.

Jetzt war übrigens Eleus wieder tüchtig verborben worden, die drei Wochen Mühsiggang jenseits des Gebirges waren nicht vom Guten für ihn gewesen, er war da auch in die Straße gegangen und hatte sich herausgeputzt, ja er war

Bekanntmachung

betreffend die Veröffentlichung der vom Stadtwahlprüfungsausschuss zugelassenen Stadtwahlvorschläge für die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin am 20. Juni 1920.

Gemäß § 18 der Verordnung über die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 7. Mai 1920 und § 26 der Wahlordnung der Reichsversammlung des Deutschen Reichstages vom 30. November 1918 bringen wir nachstehend die für diese

Wahlen rechtzeitig eingegangenen und zugelassenen Stadtwahlvorschläge hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Stadtwahlvorschläge sind neben den Wahlvorschlägen für die einzelnen Wahlkreise (Kreiswahlvorschläge) für die ganze Stadt zugelassen.

Verzeichnis

der vom Stadtwahlprüfungsausschuss zugelassenen Stadtwahlvorschläge.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

- 1. Mehl, Hermann, Reg. Berlin, Köpenicker Str. 42.
2. Mehl, Al., geb. Kaufm., Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
3. Hoffmann, Adolf, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
4. Kautz, Walter, Redakteur, Spandau, Köpenicker Str. 42.
5. Kautz, Paul, geb. Kaufm., Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
6. Kautz, Otto, Stadtkönig, Lichterfeld, Köpenicker Str. 42.
7. Schmidt, Hermann, Kaufmann, Schwanenb., Köpenicker Str. 42.
8. Kaufmann, Bruno, Bauarbeiter, Berlin, Köpenicker Str. 42.
9. Kaufmann, Rosa, geb. Biefang, Berlin, Köpenicker Str. 42.
10. Kaufmann, Felix, Kaufmann, Köpenicker Str. 42.
11. Claus, Hermann, Stadtkönig, Köpenicker Str. 42.
12. Tempel, Gustav, Stadtkönig, Köpenicker Str. 42.
13. Menges, Margarete, geb. Köpcke, Berlin, Köpenicker Str. 42.
14. Proff, Johannes, Lehrer, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
15. Richter, Heinrich, Handlungsg., Berlin, Köpenicker Str. 42.
16. Dann, Hugo, Spediteur, Spandau, Köpenicker Str. 42.
17. Waldheim, Karl, Kronenlöffelgeschäft, Köpenicker Str. 42.
18. Radtke, Hermann, Direktor, Köpenicker Str. 42.
19. Richter, Paul, Bergbauingenieur, Köpenicker Str. 42.
20. Richter, Gustav, Buchdrucker, Köpenicker Str. 42.
21. Richter, Karl, Lagerhalter, Köpenicker Str. 42.
22. Richter, Robert, Kronenlöffelgeschäft, Köpenicker Str. 42.
23. Straube, Gustav, Kronenlöffelgeschäft, Köpenicker Str. 42.
24. Voase, Otto, Bildhauer, Berlin, Köpenicker Str. 42.
25. Winkelfeiler, Gustav, Köpenicker Str. 42.
26. Bergsch, H., Köpenicker Str. 42.
27. Buchholz, Joh., Köpenicker Str. 42.
28. Voase, Bruno, Kronenlöffelgeschäft, Berlin, Köpenicker Str. 42.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

- 1. Heilmann, Hugo, Regier. Berlin, Köpenicker Str. 42.
2. Hirsch, Paul, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
3. Hartung, Paul, Stadtkönig, Spandau, Köpenicker Str. 42.
4. Hermann, Rudolf, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
5. Schwarz, Gustav, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
6. Dr. Selig, Leon, Rechtsanwalt, Köpenicker Str. 42.
7. Schwarzbürger, Rudolf, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
8. Sucke, Hugo, Amalthee, Berlin, Köpenicker Str. 42.
9. Sucke, Anna, geb. Brand, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
10. Stallast, Paul, Kaufmann, Köpenicker Str. 42.
11. Dr. Schumann, Richard, Regier., Köpenicker Str. 42.
12. Schlegel, Friedrich, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
13. Schlegel, Fritz, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
14. Schlegel, Fritz, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
15. Schlegel, Fritz, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
16. Schlegel, Fritz, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
17. Schlegel, Fritz, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
18. Schlegel, Fritz, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.
19. Schlegel, Fritz, Stadtkönig, Berlin, Köpenicker Str. 42.

Parteilose Frauenvereinigungen:

- 1. von Steier, Anna, Reg. Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
2. Sinn, geb. Hoffmann, Reg. Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
3. Dr. phil. von Sarnad, Elisabeth, Köpenicker Str. 42.
4. Kubi, geb. Kaufm., Reg. Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
5. Freyberg, Marie, Köpenicker Str. 42.
6. Freyberg, Marie, Köpenicker Str. 42.
7. Freyberg, Marie, Köpenicker Str. 42.
8. Freyberg, Marie, Köpenicker Str. 42.
9. Freyberg, Marie, Köpenicker Str. 42.
10. Freyberg, Marie, Köpenicker Str. 42.

Deutsche Demokratische Partei:

- 1. Datz, Carl, Reg. Köpenicker Str. 42.
2. Regener, Dominikus, Oberbürgermeister, Köpenicker Str. 42.
3. Datz, Meyer, Stadtkönig, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
4. Datz, Meyer, Stadtkönig, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
5. Datz, Meyer, Stadtkönig, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
6. Datz, Meyer, Stadtkönig, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
7. Datz, Meyer, Stadtkönig, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
8. Datz, Meyer, Stadtkönig, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
9. Datz, Meyer, Stadtkönig, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.
10. Datz, Meyer, Stadtkönig, Charlottenburg, Köpenicker Str. 42.

Deutsche Volkspartei:

- 1. Dr. Wilhelm Richter, Oberl., Berlin, Köpenicker Str. 42.
2. Dr. Richter, Direktor, Köpenicker Str. 42.
3. Dr. Richter, Direktor, Köpenicker Str. 42.

Von diesen zugelassenen Wahlvorschlägen sind der Wahlvorschlag der Parteilosen Frauenvereinigungen, beginnend mit dem Namen A. Gierke und der Wahlvorschlag des Wirtschaftsbundes Groß-Berlin, beginnend mit dem Namen Müller-Henrich, miteinander verbunden. Diese beiden Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Die Wahlvorschläge können gemäß § 13 Abs. 3 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 nach ihrer Veröffentlichung nicht mehr zurückgenommen, geändert und die Verbindung nicht mehr aufgehoben werden. Will der Wähler seine Stimme ungültig für den zugelassenen Wahlvorschlag abgeben, so muss der Stimmzettel eine Erklärung hierüber enthalten. Reicht eine solche Erklärung, so darf der Stimmzettel keinem Stadtwahlvorschlag zugerechnet werden.

Zur Ermittlung des Wahlergebnisses ist zunächst die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen durch 225 (§ 8) zu teilen und auf diese Weise der Wahlquotient festzustellen. Jedem Kreiswahlvorschlag werden somit Stadtwahlvorschläge zugerechnet, als sich die Zahl der für

Bekanntmachung

Der Wahlleiter für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin)

und zugleich

der Verbandswahlleiter für den Reichstagswahlkreisverband II (Brandenburg I)

(Zgd. Nr. 966 Wahl. 20)

Lechning, Stadtrat.

Die Gemächlichkeit des § 67 Abs. 1 des Reichstagswahlgesetzes vom 1. Mai 1920 bringt es als Ergebnis der am Sonntag, den 6. Juni 1920, im Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) stattgefundenen Reichstagswahl zur öffentlichen Kenntnis, dass entfallen auf die zugelassenen Kreiswahlvorschläge

Table with 6 columns: Nr., Bezeichnung, gültige Stimmen, ungültige Stimmen, Abgegebenen, Reststimmen. Lists various political parties and their vote counts.

Summa ..

1.098.715 921 15 132.175

Im Reichstagswahlkreisverband II (Brandenburg I) netellen sich die Stimmen wie folgt:

Table with 3 columns: a) Wahlkreis 2 (Berlin), b) Wahlkreis 3 (Potsdam II). Lists parties and their vote counts in the Brandenburg I region.

Stimmen ab II treten infolge der zugelassenen Verbindung des Zentrumswahlvorschlags für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) mit dem Zentrumswahlvorschlag für den Reichstagswahlkreis 3 (Potsdam II) hinzu die auf letzteren Wahlvorschlag entfallen

25.802

von diesen 60.409

ein weiterer Abgeordneter des Reichstagswahlkreises 2 (Berlin) für die Zentrumspartei, so daß nur 34.607

Reststimmen verblieben.

Unberücksichtigt bleiben gültige Stimmen:

Table with 4 columns: von den Wahlvorschlägen, im Wahlkreis 2 (Berlin), im Wahlkreis 3 (Potsdam II), mit II. Verbandswahlkreis II (Brandenburg I). Lists parties and their vote counts.

Berlin, den 12. Juni 1920.

Der Wahlleiter für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin)

und zugleich

der Verbandswahlleiter für den Reichstagswahlkreisverband II (Brandenburg I)

(Zgd. Nr. 966 Wahl. 20)

Lechning, Stadtrat.

Öffentliche Bekanntmachung.

Die Gemächlichkeit des § 67 Abs. 1 des Reichstagswahlgesetzes vom 1. Mai 1920 bringt es als Ergebnis der am Sonntag, den 6. Juni 1920, im Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) stattgefundenen Reichstagswahl zur öffentlichen Kenntnis, dass entfallen auf die zugelassenen Kreiswahlvorschläge

Main table with 6 columns: Nr., Bezeichnung, gültige Stimmen, ungültige Stimmen, Abgegebenen, Reststimmen. Lists various political parties and their vote counts.

Summa ..

1.098.715 921 15 132.175

Im Reichstagswahlkreisverband II (Brandenburg I) netellen sich die Stimmen wie folgt:

Table with 3 columns: a) Wahlkreis 2 (Berlin), b) Wahlkreis 3 (Potsdam II). Lists parties and their vote counts in the Brandenburg I region.

Stimmen ab II treten infolge der zugelassenen Verbindung des Zentrumswahlvorschlags für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) mit dem Zentrumswahlvorschlag für den Reichstagswahlkreis 3 (Potsdam II) hinzu die auf letzteren Wahlvorschlag entfallen

25.802

von diesen 60.409

ein weiterer Abgeordneter des Reichstagswahlkreises 2 (Berlin) für die Zentrumspartei, so daß nur 34.607

Reststimmen verblieben.

Unberücksichtigt bleiben gültige Stimmen:

Table with 4 columns: von den Wahlvorschlägen, im Wahlkreis 2 (Berlin), im Wahlkreis 3 (Potsdam II), mit II. Verbandswahlkreis II (Brandenburg I). Lists parties and their vote counts.

Berlin, den 12. Juni 1920.

Der Wahlleiter für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin)

und zugleich

der Verbandswahlleiter für den Reichstagswahlkreisverband II (Brandenburg I)

(Zgd. Nr. 966 Wahl. 20)

Lechning, Stadtrat.

Advertisement for 'Der Sündenspiegel' (The Mirror of Sin), a satirical magazine. Text includes: 'Das SORTIMENT DER BUCHHANDLUNG VORWÄRTS', 'empfeht sich zum Bezuge von Werken aus allen Gebieten der Literatur...', 'Volk und Zeit'.

Advertisement for 'Volk und Zeit' magazine. Text includes: 'für Liebhaber und Bibliotheken!', 'Illustrierte Beilage des "Vorwärts"', 'Jahrgang 1919 (26 Nummern)', 'geb. M. 27.50', 'Vorwärts-Verlag G. m. b. H., 801 68, Lindenstr. 3.'

Bewegung in Berlin ein Spitzelbureau. Auch hierher war die Redaktion der „Freiheit“ unterrichtet.

Ihre Leser mögen sich nun aus Vorliebe ein Urteil über die perfide Kampfweise der „Freiheit“ gegenüber politischen Gegnern bilden, deren Opfer in dieser Angelegenheit der „Vorwärts“ getrieben ist.

Wenn die Angaben dieser Zeitschrift der Wahrheit entsprechen, dann würde zweierlei von Wichtigkeit sein: 1. Die Feststellung, daß eine ganze Sammlung von gefälschten Dokumenten besteht, um Politiker als Hochverräter zu verdächtigen. Die Zentrale dieser Dokumentenfabrik müßte als gemeingefährlich bald ausgeräumt werden; 2. und das ist nicht minder wichtig: Die „Freiheit“ hätte nach diesen Angaben bewußt die Fälschungen gebraucht, um ihre Gegner von links moralisch abzutun. Gegen diesen Vorwurf mag sich das unabhängige Blatt gegenüber den Kapdixen verteidigen. Wir können abwarten.

Eine Hinrichtung.

München, 14. Juni. Das Urteil im dritten Weiselmordprozess, durch das der Angeklagte Walleshauser zum Tode verurteilt wurde, ist vom Ministerrat bestätigt und Montag vormittag vollstreckt worden.

Bei der Reinigung des durch den Englischen Garten fließenden Bachs wurde die gefesselte Leiche eines Reichswehrsoldaten gefunden, der als Zivilspäher tätig und seit 8. Juni abgängig war. Damals war die Sanitätskolonne angerufen worden, um einen ertrunkenen Selbstmörder abzuholen. Passanten hatten Hilfe geleistet und dann die Leiche wieder gesehen, doch war sie untergegangen.

Keine Gegenrevolution in Rußland.

An Berliner amtlichen Stellen liegen Nachrichten vor, aus denen hervorgeht, daß die Reutermeldung aus Tokio über einen angeblichen Umsturz in Rußland auf unwahren Gerüchten beruht. Der Fünfundzwanzigste von Petersburg funktioniert wieder regelmäßig und von Umsturz ist nichts zu merken.

Das polnische Heer räumt die Ukraine in voller Ordnung. In dem bulgarischen, vielleicht jetzt rumänischen, aber jedenfalls unter Entengangelt stehenden Donaubasen Rußland wird schon wieder eine Armee gegen Rußland aufzustellen versucht.

Sowjet-Persien.

Amstcrdam, 14. Juni. Die „Times“ meldet aus Teheran vom 10. Juni: Ruzschik Khan hat sich nach einigen Schwanken für den Leninismus entschieden und hat sich selbst in Respekt zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister der persischen Sowjetregierung ausgerufen. Das deutsche Konsulat in Teheran wird einem Bericht zufolge noch immer belagert. General Galdane, der Oberbefehlshaber in Mesopotamien, ist heute in Teheran eingetroffen.

Nicht Wood, sondern Harding.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich eine amerikanische Medung als falsch erweist. Man erinnere sich an die berühmte Präsidentenwahl im Herbst 1916, als auf Grund eines sehr bestimmten Reuter-Telegramms der Republikaner Hughes 24 Stunden lang als der Präsident der Vereinigten Staaten galt und seine Wahl in ganz Europa besprochen wurde. Die englische Presse erteilte mit besonderem Eifer Aufträge dem vermeintlich geschlagenen Wilson und lobte den „Sieger“ Hughes über den grünen Meer. Am nächsten Tag mußte sie Gegenstand geben — denn das endgültige Resultat war umgekehrt. Von neuem hat der amerikanische Teilschendienst den europäischen Redaktionen einen ähnlichen Streich gespielt. General Wood, der am Sonnabend als der Gewählte des republikanischen Nominations in Chicago genannt wurde, stand nur, wie sich inzwischen herausgestellt hat, in der ersten Runde an der Spitze. Solcher Kunden hat es aber zehn gegeben, und am Schluß gewann ein anderer Kandidat, Senator Harding, mit 602 Stimmen, während Wood nur noch 156 auf seinen Namen vereinigte. (In der ersten Runde hatte Wood 267 Stimmen, während Harding mit nur 6 Stimmen an sechster Stelle stand!) Neben den nunmehr endgültigen Kandidaten der Republikaner ist nur wenig bisher bekannt. Es soll die alte konservative Richtung in der republikanischen Partei vertreten. Man spricht von einer von Senator Johnson innerhalb der eigenen Partei geführten Opposition gegen ihn, die die bisher vortrefflichen Chancen der republikanischen Partei zu Gunsten der Demokraten beeinträchtigen könnte.

„Neuere holländische Courant“ meldet aus Montreal: Die amerikanische Arbeiterföderation hat einen Bericht genehmigt, in dem der republikanische Nominant getadelt wird, weil er in seinem Programm die Arbeiterinteressen unberücksichtigt gelassen habe.

Ungarns Erwachen.

Die Entstehungsgründe der Proletarbewegung gegen die Mitherrschaft der Offiziere und der „Erwachenden Ungarn“ werden beleuchtet durch folgende Worte des Befehlshabers beim Weltfriedenskommando, des Grafen Sporny, in der Geheimstimmung des Abordnungshauses:

In Neuilly war unsere einzige Hoffnung die englische Arbeiterpartei, die Ungarn in der Verteidigung seiner Rechte hätte unterstützen können. Wie ein Blitzschlag da die Nachricht von der Ermordung Somoghis ein. Sein Mörder mordete auch die Hoffnungen der Nation. In England wird bald eine Arbeiterpartei aus Rußland kommen und bei der Revision des Friedensvertrages könnten wir uns dann auf sie stützen. Bei den heutigen Verhältnissen aber kann davon keine Rede sein.

Der Ackerbauminister Rubinski sagte: In der Werbung gibt es keine Unwesenfrage mehr und keine jüdenfeindliche Stimmung, sondern eine herrschaftsfeindliche Stimmung. Juden und Bauern sind einzig im Haffe gegen den Herrn. Das hat das Militär verursacht. Wir stehen an der Schwelle einer Bauernrevolution.

Zur Durchführung des proletarischen Verkehrsverbandes gegen Ungarn ist in Wien ein Permanenzkomitee der Gewerkschaften eingesetzt worden.

Der Reichs-Journalist Godels in Wien ist aus Deutschösterreich ausgewiesen worden.

Wien, 14. Juni. (T. U.) Siebzehn Blätter berichten über die unerhörte Kollierung der Frau Hamburger in Budapest, deren Mann unter der Mitherrschaft eine Stellung bekleidet hatte. Frau Hamburger wurde nach ausgezogen und gepeinigt und mußte zusehen, wie ihr Begleiter, Herr Bela Keumann, in grausamer Weise gepeinigt wurde. Offiziere traten auf Keumann herum und haben ihn durch Peinsetzungen gequält.

Die Reichsschulkonferenz.

4. Tag: Lehrerbildung.

Die ersten drei Tage der Reichsschulkonferenz haben einen wohl alle Seiten überrassenden entscheidenden Sieg der Linken gebracht — nicht durch Majoritätsbeschlüsse, sondern allein durch die innere Sicherheit und Begründetheit ihrer Position, durch die Macht des Geistes. Trotz aller partiatischen Zusammenhänge der Konferenz ist die Reaktion nun von vornherein in die Defensive gedrängt. Seit Männer wie Goldbeck und Harnack gesprochen, die sie wohl glaubte zu den ihrigen zählen zu dürfen, seit vor allem Katorf gesprochen, ist die Position der Reaktion rettungslos verloren, und man gewinnt jetzt schon den Eindruck, als fühle sie sich selbst nur noch als die Verteidigerin einer verunkelten und versinkenden Kultur. Die erste Kraftprobe zwischen dem alten und dem neuen Bildungsideal, die diese Reichsschulkonferenz in ihrem tiefsten Grunde darstellt, ist gleich zu Beginn zugunsten des neuen Ideals entschieden: das darf man schon heute als das Ergebnis der Reichsschulkonferenz bezeichnen.

Zur Frage der Lehrerbildung

nimmt als erster Referent Direktor Louis-Vorlin das Wort. Er vertritt entsprechend der vom Philologenverband geforderten Klassifizierung der Bildung überhaupt auch die Zweiteilung des Lehrerstandes. — Prof. Mathias-Weimar fordert als zweiter Referent das Universitätsstudium für alle Lehrer. Auch der Volksschullehrer muß mindestens in einer Fakultät studieren, um das Wesen wissenschaftlicher Arbeit kennen zu lernen. — Oberlehrerin Pfennings-Berlin begründet die besonderen Forderungen der akademisch gebildeten Lehrerinnen, die neben dem berechtigten Wunsch nach einer gleichmäßigeren Berücksichtigung der Frau sich für die Zweiteilung der Lehrerschaft, für die „besonderen Bedingungen“ der „höheren“ Schulen einsetzen.

Die bekannten Forderungen des Deutschen Lehrervereins nach Universitätsbildung aller Lehrer begründet als vierter Referent Rektor Fregel-Berlin.

Imn folgt zum Schluß Prof. Spranger-Leipzig, der die Notwendigkeit besonderer pädagogischer Hochschulen für die Volksschullehrer aus theoretischen und praktischen Schwierigkeiten ableitet. Es beginnt die Diskussion. Die eingesezte Kommission hat die Redebeiträge auf Grund der Vorüberlegungen festgesetzt und schlägt 40 Diskussionsdebatten vor. Die Debatte wird deshalb auf 5 Minuten beschränkt. Aus der Debatte sei folgendes hervorgehoben.

Geheimrat Treseleß-Berlin: Die Differenzierung zwischen dem Volksschullehrer und dem wissenschaftlichen Lehrer kann nicht aufgehoben werden. Wir brauchen auch auf diesem Gebiete Arbeitsteilung als notwendige Folgerung aus unserer hohen Kultur. — Wolff-Berlin tritt für die Einheit der Schule und des Lehrerberufes ein. — Schulinspektor Rydahl-Kenolln: Der Kampf um die Schule ist ein Kampf der Weltanschauungen. Eine innere Einheitlichkeit der Schule ist nicht möglich ohne einen einheitlichen Lehrerstand. Die Bildungsmittel der großen Masse unseres Volkes fordert die vollwertige Ausbildung aller Lehrer. — Ing. Rens (techn. Schulwesen) spricht gegen die Forderung der Universitätsbildung aller Lehrer aus wirtschaftlichen Gründen. — Oberlehrer Ostmann-Ludwigsdorfen (lat. Schullehrerverband): Die Lehrerbildung muß nach den Grundfragen der betr. Religionsgemeinschaft erfolgen. — Lehrer Duer (Kriegslehrerverband): Es ist verständlich, wenn das Staatsinteresse der Oberlehrer den Volksschullehrern die Tore der Universitäten verschließt, aber Standesinteressen dürfen nicht über Sachinteressen gehen. Die Philosophen haben kein Recht, hier aufzutreten als Verteidiger der Höheren der deutschen Bildung. — Frau Maria Schmitz: Lehrer- und Lehrerinnenbildung müssen möglichst getrennt sein. Für die Berücksichtigung der besonderen Beforsart der Frau bürgt die Natur, die die Menschheit geschlechtlich gestaltet hat, und der gesunde Sinn (!) unseres Volkes. — Dr. Seeborf: Wir dürfen bei der Schulreform nicht nur auf die Großstädte Rücksicht nehmen. Wir brauchen eine Scholleentreue und berufsunfähige Landbevölkerung. — Boninger: Die Lehrerschaft muß sich selbst erziehen. Wichtiger als Lehrerbildung ist die Heranbildung der geborenen Erzieher. Ebenso wichtig ist die kollegiale Schulleitung. Die Schulpäpste haben sich immer gern gegen die wahren Erzieher gewandt. — Prof. Stern-Damburg: Berührung mit der Jugend gehört zur Lehrerbildung. Der Studierende muß, wenn er Lehrer werden will, frühzeitig mit der Jugend, der Jugendfürsorge, der Jugendbewegung Verührung haben. Die Lehrerschaft soll Weder Geburtshelfer der aus der Jugend erwachsenden neuen Kultur sein — Eine Vertreterin des Lehrereinevereins der höheren Schulen: Die Lehrerinnenbildung ist unzulänglich, der Bildungsgang für die Lehrerinnen muß der gleiche sein wie für die Männer. Die Frauen haben auch Anspruch auf die Anabenschule wie umgekehrt der Lehrer in der Mädchenschule nicht entbehrt werden kann. — Unterrichtsreferat Schuls gibt bekannt, daß sich ein Ausschuss für Schullehre gebildet hat. Der geplante Ausschuss für Mädchenbildung hat erklärt, nicht zusammenzutreten zu wollen.

Direktor Althoff-Bittenberg als Vertreter der akademisch gebildeten Lehrer hat nichts gegen die gemeinsame Grundschule, hält aber fest an der neuartigen höheren Schule. Trotz aller Neuerungen im höheren Schulwesen muß alles ungeändert bleiben wie bisher. Gegen neue Schulformen ist nichts einzuwenden. Eine weitaus bessere Ausbildung der Oberlehrer als bisher ist unmöglich. (Hört, hört!) Das Streben der Volksschullehrerschaft nach höherer Bildung hat unsere volle Hochachtung. — Lehrer Harnack-Berlin: Mit Schärfe wurde ich mich gegen die platonische Liebeserklärung für die Einheitlichkeit bei gleichzeitiger recht frühzeitiger Differenzierung. Erst im Verufe wird sich entscheiden, wofür sich der einzelne eignet. Außerdem wärmt er kühnlich. Wir leiden unter dem Fluch des Spezialtums. Wir können die pädagogische Ma-

terie ob, da sie eine Neuaufgabe der bisherigen Lehrseminare werden würde. Für uns sind alle Schulen Versuchsschulen. — Lubia Söder-Berlin: Nur wenn wir eine einheitliche Schule haben, mit Mannigfaltigkeit in der Einseitigkeit, können wir den einen Lehrerstand bekommen. Die geordnete Mädchen- und Lehrerinnenbildung bekämpfe ich. Ich verspreche mir viel von der Tätigkeit der vorbereiteten Frau in der Anabenschule, auch bei den Heranwachsenden. Die Aufgabe der Frau kann nur darin liegen, Friede und Freiheit von Klasse zu Klasse, von Volk zu Volk zu schaffen.

Landesschulinspektor Ortman-Bien berichtet über die österreichischen Verhältnisse. — Regierungsdirektor Reubnitz: Die wirkliche Lösung der Frage der Lehrerbildung ist nur möglich durch Studium an der Hochschule. Je besser die wissenschaftliche Ausbildung, um so besser der Unterricht auf allen Stufen, auch der elementarsten. Die pädagogische Hochschule ist nur eine schlechtere Auflage des Lehrerseminars. Es fehlt die Verührung mit den anderen Fakultäten. Die Auswirkung ist ungeheuer, wenn wir davon denken, daß dann eine Fülle von Kulturirrationen durchs ganze Land strömen werden (Starker Beifall links). — Fr. Dr. v. Venzold: Ich rate den Volksschullehrern, halten Sie fest an Ihrer Forderung, verlangen Sie das Ganze. Es wird gesagt, die Universität produziert eine Geistigkeit, die sich nicht eignet für die Lehrerschaft. Keine Verunreinigung der deutschen Geistigkeit läßt auf, wenn sie mit Volkstümlichkeit gepaart ist. Aber das frische junge Blut, das die Lehrerschaft an die Universität bringen wird, wird die Volkstümlichkeit befeigen. (Beifall links). — Prof. Mausch-Münster: Wir wollen eine soziale Gleichwertigkeit des Volksschullehrerstandes. Die pädagogische Hochschule soll von der Universität Kräfte an sich ziehen. Die Universität habe sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Die Absolventen werden es gern tun. Auch für solche Lehrerbildungsanstalten ist einheitliche Melianisierung ein Vorzug. Für das weibliche Geschlecht sollte die Möglichkeit besonderer Anstalten bestehen. — Dr. Bournet-Röslin: Für die Vorbildung der Lehrer ist Philosophie nötig, besonders im Hinblick auf den heutigen Geistismus und Amerikanismus. Auch die Politik benötigt der Philosophie. — Dr. Schramm-Wandebek: Die Lehraufgaben auf Volks- und höheren Schulen werden verschieden bleiben, solange wir ein wirtschaftlich differenzierendes Volk sind. — Fr. Winkelmann-Berlin: Das große Uebel unserer Volkserziehung ist das, daß

eine Grenze zwischen Schule und Leben

gemacht wird. Wir brauchen in der Erziehung den Zusammenhang mit der produktiven Arbeit. Auch die Lehrerbildung darf nicht länger fernab von Forderungen des Lebens und der Jugend erfolgen. Die Lehrerschaft muß schon jetzt in den Zusammenhang mit der wirklichen Arbeit gedrückt werden. (Starker Beifall links). — Prof. Dr. Schuler-Hannover spricht für die Ausbildung der evangelischen Religionslehrer. Der Sozialismus geht an der Liebe verständnislos vorbei. (Widerspruch). — Schuler-Umlauf: In Hamburg wird die pädagogische Fakultät über Nacht fertig ziehen. Dasselbe müßte auf allen Universitäten möglich sein. — Geheimrat Burkhart als Vertreter der deutschen evangelischen Landeskirche legt einen Kranz nieder an der allen Schule und fordert „Erfurcht vor den großen historischen Gebilden“.

Prof. Rein-Jena: Wir können dem jungen Erzieher, der von uns lernen will, nicht sagen: „Habe Geist und wisse Geist zu nutzen!“ (Starker Zustimmung). Die Vorlesungen können nicht weiter gehen als Anregungen. Man kann Erzieher nur in Reinsam Arbeit, nicht in der Klasse erziehen.

Dr. Winkeln: Die Zulassung der Lehrer zu den Universitäten kommt mit Notwendigkeit. Ich begrüße das, schon weil das Studentenmaterial auf der Universität dringend der Auffrischung bedarf. Der Lehrer möge sich dann aber hüten vor jener wissenschaftsgläubigkeit, die eine Krankheit unserer Zeit ist. Die Zulassung der Lehrer zur Universität ist eine politische, soziale, keine pädagogische Frage. Die Weltuhr hat noch nicht die Stunde geschlagen, in der die neue Schule Wirklichkeit werden kann. Aber diese Reichsschulkonferenz ist ja der Ort, an dem

die alte Schule zu Grabe getragen wird

(Stürmische Zustimmung links und heftiger Widerspruch rechts.) Die Seminare hätten etwas Wertvolles sein können. Dann hätten die Lehrer den Philologen ihre langweiligen Universitäten lassen und eigene Kulturgemeinschaften bilden können. Aber die Seminare sind leider versteinert. Die vorgeschlagenen pädagogischen Akademien sind mir schon deshalb verabschiedet, weil die Theologen so warm dafür eintraten. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall). — Geheimrat Gauer bedauert, daß Prof. Harnack sich zu den Freunden der neuen Schule geschlagen habe. — Bericht Otto: Der beste Lehrer ist das Kind.

Auktionsminister Seufert-Sachsen: Ich möchte nicht, daß in mir der Schulmann erlösen wird durch den Minister. Ich bin in 10jähriger Erfahrung zu der Überzeugung gekommen, daß die getrennte Lehrerbildung sich nicht bewährt hat. In der Verfassung ist die Einheitlichkeit des Lehrstandes durch einstimigen Beschluß der Nationalversammlung festgelegt und seine Auslegungsfälle dürfen den Herren Sinn dieser Verfassungsbestimmung verdrängen. — Als letzter der inzwischen auf 42 vermehrten Redner spricht der Rektor der Berliner Gymnasialdirektoren Dr. Die für die Erhaltung des Gymnasiums und die getrennte Ausbildung der Lehrer und Oberlehrer. Und während er spricht, fliegen auf die Tische der Abgeordneten Einladungssettel: „Gustav Winkeln spricht am Dienstag“. Er will abrechnen mit der Augenferne der „Schulreformer“. — Die zwei Besten, die auf dieser Konferenz miteinander ringen: die sinkende und die werdende, der die Zukunft gehört.

Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr. Dienstag beginnen die Ausschussberatungen.

Zwei Druckfehlerberichtigungen erscheinen und erforderlich: Prof. Harnack nannte die Wissenschaftler „Reger der Tradition“ (nicht Reaktion) und Prof. Katorf bekannte sich zu der „Erfurcht vor dem Kind“ (nicht der Arche). Auch der Druckfehlerentwurf wird die Niederlage der Reaktion auf der Reichsschulkonferenz nicht aufhalten.

„Socialdemokraten“ gegen die schwarze Gefahr.

Kopenhagen, 14. Juni. Die Sozialistin Nina Wong zählt im „Socialdemokraten“ die deutschen Orte auf, in denen entgegen der in neutralen Ländern beschriebenen Ansicht, daß seit der Räumung Frankreichs das baskische deutsche Gebiet von farbigen Truppen befreit ist, sich noch im ganzen 50 000 gelbe, braune und schwarze französische und belgische Besatzungstruppen befinden. Die Vermendung der farbigen sei keine deutsch-französische, sondern eine europäische Angelegenheit. (Was sagt unsere Dulle dazu? Die Arb.)

22 Frauen im Reichstag. Der neue Reichstag wird nur 22 weibliche Mitglieder zählen gegen 26, die in der Nationalversammlung saßen. Die 22 verteilen sich auf die Fraktionen folgendermaßen: 8 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 1 Kommunistin, 3 Demokraten, 1 Zentrumsmittler, 2 Volkspartei, 8 Deutsch-nationale.

Sie will nicht „verkauft“ werden. Die „Kölnische Volkszeitung“ vertritt folgende Erklärung in eigener Sache: „Die verschiedenen Gerüchte über den Erwerb der „Kölnischen Volkszeitung“ durch Großindustrielle sind unrichtig. Zurzeit finden lediglich und ausschließlich Verhandlungen mit Mitgliedern der Zentrumspartei statt, die das Blatt der Partei erhalten wollen.“

Es war bekanntlich gemeldet worden, daß die Eisenfirma Wolff in Köln, hinter der Wölffen steht, die „Köln. Ztg.“ aufgekauft hätte. Die Firma Wolff war im Erbschaftsprozess herangezogen als Freundin Erbschafters. Sollten also diese Verhandlungen nicht auch dazu bestimmt sein, das Blatt der Zentrumspartei zu erhalten? —

Der dreieinige Geisterich hat Heizen-Raffau mit seiner Vertreterschaft begnadet und läßt Samburg und Südbannober-Braunschweig trauern.

Düsseldorf im Licht- und Wasserstreit. Seit Sonnabend mittig befindet sich die Düsseldorf städtische Arbeiterschaft im Streit. Die Ursache sind Lichtforderungen. Düsseldorf ist zurzeit ohne Licht, Strom, Gas und Wasser. Die Düsseldorf „Freie Presse“ muß ihre Zeitungsausgaben in Duisburg drucken lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Drohender Streik im Buchbindergewerbe.

Eine überaus stark besuchte Branchenversammlung der in den weiten Buchbindereien Beschäftigten nahm gestern, Montag, in den „Kaminhallen“ den Bericht entgegen über den Versuch der Unternehmer, die neue Steuerungsanlage davon abhängig zu machen, daß von Seiten der Personale die Heraushebung der 46stündigen auf die 48stündige Arbeitszeit zugestimmt wird. Nach ziemlich erregter Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Branchenversammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber gegenüber den berechtigten Forderungen nach Lohnsteigerung. Sie erblickt darin eine Provokation und Verschleppungspolitik. Die Versammlung gibt ihren Vertrauensleuten den Auftrag, als lechtes verbindendes Mittel den Arbeitgebern das Ultimatum zu stellen, bis zum 16. ds., mittags 12 Uhr, Vorläufe in Höhe von 30 Mk. für männliche, 25 Mk. für weibliche Beschäftigte, furlaufend bis zur Erledigung dieser Angelegenheit ohne jede Verbindlichkeit zu gewähren, d. h. ohne Abzüge, sowie die Bezahlung des durch passiver Resistenz ausfallenden Lohnes.

Eine weitere einstimmig angenommene Entschließung wendet sich gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Arbeitszeit. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dieses Axiom abzuwehren. Sie erwarten von ihrer Verhandlungskommission, daß nur dann in den Punkt über die Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten werden kann, wenn damit die restlose Abschaffung der Kaffeearbeit verbunden wird.

Sollte bis Mittwoch, mittags 12 Uhr, die berechnete Lohnforderung ablehnend beschieden werden oder Verhandlungen darüber nicht zustande gekommen sein, so findet am Mittwoch, den 16. Juni, mittags 1 Uhr in den „Kaminhallen“ wiederum eine Branchenversammlung statt.

Die Demonstration der Hausangestellten.

Zum ersten Male trafen am Sonntag im Lustgarten die Hausangestellten zu Tausenden vor die Öffentlichkeit, um zu demonstrieren für den geforderten Lohnsteigerungsanspruch der Hausangestellten. Sie versammelten sich, um das Bewußtsein der Beschäftigten wachzurufen für eine Schicht von Lohnarbeitern, die heute noch zu den bedrücktesten zählt.

Leider schob die Sprecherin im Lustgarten, Frau Luise Bieh, die Demonstration vom rein gewerkschaftlichen auf das politische Gleis. Was sie über die Lage der Hausangestellten im allgemeinen sagte, war durchaus zutreffend. Wenn Frau Bieh aber die Hausangestellten aufforderte, aus der Tatsache, daß die Revolution den Hausangestellten erst die Befreiung von der Gehirnschmalzbrühe brachte, die Schlussfolgerung zu ziehen, daß nicht durch die gesetzgebende Arbeit des Parlaments, sondern nur durch Revolutionen Fortschritte für die Arbeiterklasse zu erlangen seien, so war das nicht geeignet, den Hausangestellten die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung klar zu machen.

Nach Schluß der Versammlung im Lustgarten zog die Versammlung im geschlossenen Zuge nach dem Gewerkschaftshaus. Hier formierten sich drei große Einzelversammlungen, in denen die Rednerinnen in klarer Weise den Hausangestellten Weg und Ziel der Gewerkschaftsbewegung unter Mithilfe der schiefen politischen Darlegungen der Frau Bieh, aber unter Vermeidung jeder parteipolitischen Tendenz darlegten. Der Erfolg war Neuaufnahmen in einer Zahl von über 300. Wenn sie alle, wie eine der Rednerinnen ausführte, in der Gewerkschaftsbewegung lernen, als arbeitendes Glied einer großen Arbeitergemeinschaft zu fühlen und zu denken, werden sie den richtigen Weg auch für ihre politische Mitarbeit finden.

Streik in der Buchbinderei Emil Vetter.

Anlässlich der in voriger Woche in allen Buchbindereien gehaltenen Forderungen wurde die Kollegenschaft von der Firma Emil Vetter, Bülowstr. 86, klar auf die Straße gestellt. „Entweder arbeiten — oder sofort entlassen“, so lautete die Entgegnung, welche Herr Vetter als Inhaber seinem Personal entgegenstellte. Lediglich das überernstliche Auftreten dieses Herrn ist Schuld daran, daß die Arbeit in dem Betrieb eingestellt wurde. Das Personal nimmt, da es ebenfalls mißliche Zustände in der Firma geteilt wissen will, den ihm aufgezwungenen Kampf nunmehr auf. Die Kollegen und Kolleginnen in anderen Betrieben werden ersucht, auf Streikarbeit zu achten, als welche folgende zu bezeichnen sind: „Gegenwart“, „Plutus“, „Friseurzeitung“, „Parfümerie-

zeitung“, „Chemische Zeitung“, „Optische Zeitung“, „Bühne und Film“, „Zukunft“, „Industriezeitung“, „Politik“, „Kolonialwarenzeitung“, „Ton- und Plattenindustrie“, „Wochenblatt“, „Kist und Bett“, „Industriezeitung“, „Bank“, „Diskonto“, „Volkswirt“, „Brennerei“, „Kriegsbedarf“, „Wollschaf“, „Gestüt und Rennbahn“, „Wanderbuch“ (Holzverlag), „Katalog (Bücherstahl)“, „Rudersbuch“. Der Betrieb ist gesperrt.

Verband der Buchbinde.

Angestelltenrat in der Metallindustrie.
Montag vormittag begannen vor einem im Reichsarbeitsministerium zusammengetretenen Schlichtungsausschuß die Verhandlungen zwecks Beilegung der Differenzen über den Angestelltenrat in der Metallindustrie. Die Verhandlungen werden geleitet von dem früheren Finanzminister Dr. Südekum. Ihm sind beigegeben als weitere Unparteiische der Münzdirektor Pideret und Professor Dr. Lenz. Als Beisther fungieren je fünf Vertreter der streikenden Parteien. Der erste Verhandlungstag wurde ausgefüllt mit den Vorlesungen der Vertreter der Angestellten, deren Sprecher der Geschäftsführer der Berliner Kfa, Platan, war. Die Arbeitgeber vertrat Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer. Die Verhandlungen gehen am Dienstag weiter, d. h. der Schlichtungsausschuß berät nun die von den Parteien vorgeschlagenen Punkte. Der Schlichtungsbericht ist in den heutigen Abendstunden zu erwarten. Den Angestelltenfunktionären der Kfa wird in einer in Oberlandsitzsälen am Mittwoch stattfindenden Versammlung das Ergebnis mitgeteilt werden.

Achtung, Zimmerer!

Infolge des Beschlusses der Zahlstellenversammlung vom 11. d. Mts. erfolgt für die am letzten Streik Beteiligten eine Nachzahlung von 5 Mk. pro Tag aus der Lokalfasse. Wir erlauben die Kameraden, ab Donnerstag, den 17. bis spätestens Sonnabend, den 20. d. Mts. diese Nachzahlung selbst oder durch die Ehefrau abzuholen. Der Schlichtungsbericht vom 4. d. Mts. ist von den Arbeitnehmern wie von der Arbeitgeberorganisation angenommen.
Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin.

Metallarbeiter. Sämtliche in den Deutschen Telefonwerken Niederschönheide beschäftigten Kollegen und Kolleginnen müssen sich zwecks Erteilung von Rechtschutz am Dienstag nachm. 4 1/2 Uhr im Arbeitslokal des Metallarbeiterverbandes, Minierstr. 83, einfinden. Nichterscheinen bedingt Verlust des Anspruchs. Mitgliederbücher müssen vorgelegt werden.

Verband der Fabrikarbeiter. Funktionär-Konferenz der Arbeiter der Gemischten Industrie, Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 Uhr in der Aula des Viktor-Bezirks, Prinzenstr. 51. Tagesordnung: Unser Lohnrat! Funktionärliste legitimiert.

Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes. Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 Uhr in den Zentral-Sitzsälen, Kfa, Kollwitzstr. 33, große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Einlebenslohn — Einlebensgehälter. Referent Dr. Pfirrmann. Die künftigen Tarifverhandlungen. Referent Gularb.

Zentralverband der Angestellten. Nachgruppe 11 (Holzhandel) öffentl. Versammlung 7 Uhr, Sophienstr. 17-18. Nachgruppe 16a (Papier- u. Pappeingroßhandel) Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr, Verdammstr. 10. — Mittwoch, den 16. Juni Nachgruppe 4a (Verpackungs-Einnehmer aller Branchen) Mitgliederversammlung 6 Uhr, Dresdener Casino, Dresdener Straße 96.

Buchbinderverband. Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, vierteljährliche Generalversammlung. Nur Delegierte haben Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Tarifliche Transportarbeiter-Verband. Sektion 1: Textilbranche. Dienstag, den 15. Juni 1920, abends 8 Uhr, im Saal von Bogener, Seydelstr. 30, Versammlung. Tagesordnung: Die Tarifverhandlungen mit dem Verband der Pelzmaterialienhändler. — Mittwoch, den 16. Juni 1920, abends 8 Uhr, bei Witts, Köhlerstr. 29, Gruppenversammlung der Kolleginnen und Kollegen der Gruppe 4: Weiß-, Wirt-, Strumpf-, Strickwaren und Textilwaren, Wolle, Garne, Zwirne. Tagesordnung: Stellungnahme zum neuen Tarif.

Parteinachrichten.

Wahltag in der Bukowina.

Bei den Wahlen zum rumänischen Parlament erhielt die Sozialdemokratie dieses ehemals österreichischen Grenzlandes vier Mandate, während sie zuletzt im österreichischen Abgeordnetenhaus nur einen Vertreter hatte, den Genossen Grigorovic. Er ist wiedergewählt, außer ihm Gen. Pistiner, der während des Krieges viel in Wien und bei der „Arbeiterzeitung“ war. Die Namen der anderen zwei Gewählten sind in Mitteleuropa nicht schon von früher bekannt.

Soziales.

Vom Arztstreik.

Dresden, 14. Juni. Der Hauptverband deutscher Krankenkassen teilt mit: Der Schlichtungsbericht im Arztstreik ist von den

Krankenkassenverbänden mit der Bedingung angenommen worden, daß Mindest- und Höchstätze für die Pauschalbeträge des Arztonorars festgesetzt werden. Jantale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der vertragslose Zustand bestehen.

Wirtschaft.

Obstpreistreiberien.

Zu den Preistreiberien der wilden Obstpächter bei den Obstverpackungen in Schlesien wird von einem Breslauer Großhändler der Fachzeitung „Der Deutsche Fruchtgroßhändler“ geschrieben: Mit Sorge sieht der anständige, reelle Händler, der, wenn er nicht hoch liegen will, mitmachen muß, der Saison entgegen. Für eine Obstmenge, die in den letzten Jahren mit 1000 bis 1200 R. verpackt gewesen ist, erbrachte die diesjährige Versteigerung zusätzlich des Staumgeldes 85 000 R. Für eine andere Obstsorte, die mit 2100 R. verpackt war, wurden 25 000 R. erzielt. Ein Rohschlichter erzielte eine Strecke, die sonst 2000 R. kostete, für den Preis von 24 000 R. Den Zentner Äpfeln auf dem Baume bewerten diese Händler mit 50 bis 60 R.; rechnet man nun die hohen Pflückerlöhne und sonstigen erhöhten Geschäftsspesen dazu, dann kann man annehmen, daß der Zentner Äpfeln nicht unter 100 R. im Großhandel zu haben sein wird. Leider wird gegen diese Preistreiberien nichts unternommen, denn die verpackenden Stellen betonen, daß sie im höchsten Interesse gezwungen sind, soviel wie möglich aus den Äpfeln herauszuwirtschaften und daher auf die hohen Nachsummen angewiesen sind. Sachverständige Händler neigen zu der Annahme, daß die derzeit üblichen Großhandelspreise, wenn der reiche Obstbehang sich weiter normal entwickelt, keinesfalls zu erzielen sein werden und daß daher Verluste bei den Pächtern eintreten müßten.

Zu den vorliegenden Ausführungen bemerken wir, daß gerade die Fachzeitungen als Verteidiger des „freien“ Handels die gewaltigsten Schimpfkanonaden gegen die Sozialisten eröffnen, wenn diese eine gedundene Wirtschaft, einen langgestimmten Handel fordern, um die Mängel des freien Wirtschaftssystems bei Bestehen der Güternappheit zu überwinden. Die oben von der Fachzeitung befragte Erscheinung ergibt sich doch unter der Gewerbe- und Handelsfreiheit ohne weiteres. Warum soll ein Rohschlichter in der freien Wirtschaft nicht auch Obst pachten und die gewaltigen Verdienste den Pächtern und Händlern allein überlassen? Der Rohschlichter ist es durchaus gleichgültig, wenn sie ihnen von der Mutter Natur gespendeten Reichtum überlassen! Der gesunde, volkswirtschaftlich richtige Satz: „großer Umsatz — kleiner Nutzen“ läßt sich nur in einer geregelten Wirtschaft durchzuführen, die den Herrn Rohschlichter von den Äpfeln als enderblich fremdenksten würde, damit er desto eifriger Pferde schlachten kann.

Sinkende Preise am Produktenmarkt.

Amlich festgestellte Preise der Berliner Produktenbörse am 14. Juni: Eier pro 1000 Kilogramm auf Abladung 2500-2600 Mark, ab Station. Tendenz flau. — Nudeln sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Weizen: Viktoriaerbsen 150-160 R., gelbe und grüne Erbsen 110 bis 125 R., Peluschken 90-100 R., Ackerbohnen 40-100 R., Widen 50-55 R., Lupinen 50-55 R., Serradelle 45 bis 50 R., Weizenheu, lose 21 1/2-22 1/2 R., Straß, druckgepreßt 9 1/2-10 R., gebündelt 9-9 1/2 R., Trodenstrich 57 bis 68 R., Patent Steffen 68-100 R.

Der Preis für Kohlenheber. Nach vorliegenden Marktberichten wird für 1 Kilogramm Kohlenheber zurzeit je nach Qualität 60 bis 75 R. erzielt. Im April war der Preis bis auf 240 R. das kilo hinaufgetrieben worden.

Vom Rohhautmarkt. Die Abwärtsbewegung der Preise scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Die letzten Preissteigerungen brachten meist unveränderte, zum Teil sogar eine Kleinigkeit höhere Preise gegenüber dem niedrigsten Stande. Wohl in Erwartung einer günstigeren Konjunktur haben verschiedene Güterwertungen die angelegten Kufitionen verschoben.

Die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zum 30. Juni ist beschlossen. Die Vollsitzungen finden im Herrenhaus statt.

Verantw. für den rebalt. Teil: Dr. Hermann Vetter, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Gledt, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Holschlag-Verlagsdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Cizeja 2 Verlag.

A. Wertheim

Königstraße Friseursalon
Moderne Haararbeiten
Schönheitspflege

Gartengeräte

- Gießkannen lackiert . . . 10⁰⁰ bis 45⁰⁰
- Gießkannen verzinkt . . . 45⁰⁰ bis 51⁰⁰
- Kinderschaufeln-Spaten 4⁰⁰ bis 6⁰⁰
- Gärterspaten 13⁵⁰
- Gartenrechen eiserner 3⁵⁰ bis 6⁵⁰
- Holzrechen 4⁵⁰
- Rasenmäher 125⁰⁰ 170⁰⁰
- Schlauchständer u. was 125⁰⁰ bis 185⁰⁰
- Laubenherde sehr preiswert!

Billige Aluminium-Geschirre

- Schmortöpfe 20 cm 35⁰⁰ 22 cm 42⁰⁰ 24 cm 48⁰⁰ 26 cm 58⁰⁰
- Maschinentöpfe mit 2 Griffen 20 cm 35⁰⁰ 22 cm 40⁰⁰
- Kasserollen mit 2 Griffen 21⁰⁰
- Esslöffel 3⁵⁰
- Kaffeelöffel 2²⁰
- Kinderlöffel 2²⁵
- Vorlegelöffel 12⁵⁰
- Schöpflöffel 9⁰⁰
- Tafelwagen geeicht 110⁰⁰ 130⁰⁰
- Volkswannen verzinkt 160⁰⁰
- Einkochapparate Gasheiz. 105⁰⁰
- Reibemaschinen 16⁰⁰
- Brotmaschinen Eisengestell 17⁵⁰
- Brotmaschinen Rundmesser 65⁰⁰

Wirtschaftsartikel

- Königekuchenformen . 65⁰⁰ bis 125⁰⁰
- Springformen 155⁰⁰ bis 190⁰⁰
- Gemüsekocher 150⁰⁰ bis 220⁰⁰
- Salatschwenker 3⁰⁰
- Backformen mit Rohr . 5⁵⁰ bis 7⁰⁰
- Brotkästen lackiert, eckig 14⁵⁰ bis 18⁵⁰
- Bürstenbleche 4⁰⁰ 6⁰⁰
- Gaskocher 2 Koch-, 2 Wärmestellen 49⁵⁰
- Zinkwaschgefäße sehr preiswert!

Elegante Schuhwaren
vorzügliche Qualitäten
für Damen, Herren und Kinder
Preisermäßigungen bis 50 Proz.

Elegante Damenkleidung
Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen, Kostümröcke, Unterröcke, Morgenröcke, Morgenjassen
zu bedeutend ermäßigten Preisen!
Zum Beispiel: Elegante Jadenkostüme in neuen Formen und Stoffen
bisher 1705⁰⁰ bis 2920⁰⁰ jetzt durchweg 1350⁰⁰ bisher 1210⁰⁰ bis 1380⁰⁰ jetzt durchweg 875⁰⁰